

Er scheint täglich außer Montags... Abonnements-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte...

Exp. Sprach-Anschl. Amt VI, Nr. 4100.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 3. Dezember 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Sieg der französischen Grubenarbeiter.

Paris, 30. November 1891.

Ist auch zur Stunde noch nicht bekannt, ob die Bergleute des Pas de Calais...

Betreffs der ersten Forderung der Grubenarbeiter, gerechtere Verteilung der Löhne...

Betreffs des zweiten Punktes, die Höhe der Löhne anbelangend...

Zu Bezug auf den dritten Punkt, der von der Reorganisation der Hilfs- und Pensionsklassen...

Der Sieg der Bergleute ist inzwischen telegraphisch gemeldet. Red. d. V.

der Hilfs- und Pensionsklassen der Bergarbeiter von dem Parlamente...

Die Frage des Achtstundentages anbelangend, bemerkten die Vertreter der Grubengesellschaften...

Was die letzte Forderung, Wiedereinstellung der wegen Streiks entlassenen Arbeiter...

Wie man aus diesen Beschlüssen ersieht, haben die Bergarbeiter in Bezug auf eine Forderung...

Dessenungeachtet durften die Streikenden ihre Arbeit um so williger aufnehmen...

Es wäre wohl möglich, daß die Grubenarbeiter, wenn sie den Streik aufrecht erhielten...

Telegraphisch bereits gemeldet. D. Red.

Alles in Allem genommen haben die Grubenarbeiter, wenn sie auch nicht mit allen Forderungen durchgedrungen sind...

Aus diesem Streik ergibt sich aber auch noch eine andere Lehre, nämlich die, daß der Achtstundentag mit viel geringeren Opfern...

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, Der täglich sie erkämpfen muß...

An die Delegirten des in Brüssel im Jahre 1891 abgehaltenen internationalen sozialistischen Kongresses.

Unter obiger Adresse sendet uns aus Belgrad ein serbischer Genosse...

Auch und oblag die Pflicht, einen Delegirten zum internationalen sozialistischen Kongresse zu entsenden...

Feuilleton.

Wohrort verboten.

383

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Zum ersten Male seit dem Eintritt des Generals in das Ministerium eilte er ohne Gruß vorüber...

Wie gewöhnlich öffnete er die Thüre zum Kabinett ohne zu klopfen, schloß sie hinter sich, nahm sein Käppi ab...

beginnen sollte, gegen Brüder, gegen Franzosen, das konnten seine Augen nicht glauben...

danke durchschweifte er die Gruppen der Deputiertenkammer, entzückte er die parlamentarischen, oft so wandelbaren Kombinationen...

ist, daß wir selbst in diesem Jahre keinen Delegierten entsenden konnten. Wir werden aber danach streben, wenigstens von nun an das zu erfüllen, was bis heute nicht gelang.

Mit allen Beschlüssen des Kongresses stimmen wir überein, mit Ausnahme jener, daß man die Religion als eine Privatsache betrachten soll. Unter feindsicher Genosse hätte eine bestimmte gegen die Religion sich richtende Erklärung verlangt. In jeder kirchlichen Religion sieht er einen Angriff gegen die wissenschaftliche Entwicklung, eine Stütze der staatlichen Autoritäten und die gleiche Quelle aller Uebel wie in dem System des Privateigentums. Den Vorklaut der Ausführungen des Genossen können wir mit Rücksicht auf den § 166 des Strafgesetzbuchs nicht wiedergeben.

Und nun gehen wir zur Darstellung der Verhältnisse über, unter denen wir Sozialisten in Serbien und überhaupt im europäischen Orient leben.

Bei uns in Serbien — und dasselbe ist mehr oder weniger, in Bulgarien, Rumänien und Griechenland der Fall — giebt es mehr Sozialisten in den Reihen der Intelligenz und der Studierenden, als in den Reihen der Handwerker, der Bauern, Tagelöhner und Diener.

Obwohl die Intelligenz Serbiens und Rumaniens fast durchgehend im Abendlande studierte, drangen doch die sozialistischen Ideen in beide erwachten Staaten, wie auch in Bulgarien ein und wurden besonders durch jene Männer eingebürgert, welche in Rußland studiert hatten, sowie auch durch russische Emigranten, wie dieses namentlich in Rumänien der Fall ist. Viele von diesen sind heute noch unermüdliche Kämpfer für die Verbreitung des Sozialismus.

Nur der Jugend der Hoch- und Mittelschulen bei allen drei Nationen befinden sich Viele, welche sich, so lange sie Studenten sind, als Sozialisten brüsten; so wie sie aber höhere Beamtenstellen oder sonstige Anstellungen bekommen, verwandelt sich ihr Sozialismus in Bureautilismus, wo sie dann nicht nur die Sozialisten, sondern auch jene, die dem Republikanismus hingen, schonungslos verfolgen. Nur sehr selten finden sich solche intelligente Kräfte, die ihr Leben lang den sozialistischen Ideen treu und anhängig bleiben.

Dank solchen ausdauernden Aposteln des Sozialismus finden unsere Ideen immer mehr Anhänger auch in den Reihen der Arbeiterklassen. Zum Zwecke der Verbreitung dieser Ideen besteht sowohl bei uns in Serbien als auch in Rumänien und Bulgarien eine ziemlich starke sozialistische Literatur, die theils überträgt, theils aber von unseren Sozialisten verfaßt ist. Vom Jahre 1870 an haben wir hier und da auch politische Blätter und Revuen, die entweder ganz im sozialistischen Geiste redigiert werden oder unseren Ideen geneigt sind. Rumänien und Bulgarien sind in dieser Hinsicht heute weiter fortgeschritten als Serbien, dagegen sind wir stärker vertreten in der Ausgabe der sozialistischen Bücher. Griechenland ist auf diesem Felde, sowie auch in Allem, weit zurückgeblieben, vergessend, daß in seinen Ländern einst der antike Sozialismus (?) blühte. Der Verfasser dieser Zeilen spricht über die Verhältnisse dieser vier Staaten darum, weil er in jedem derselben, sowie auch in der Türkei lebte, entweder als Emigrant, Agitator, als Verhafteter, oder aber als Schriftsteller und Vorkämpfer.

Bei allen diesen Nationen könnte sich der Sozialismus noch mehr verbreiten und die sozialistischen Gruppen sich organisieren, wenn nicht die Frage der nationalen Einigung und Nationalisierung des Staates bestände. Diese ungelöste Frage unserer politischen Einigung ist uns stark im Wege und hemmt den Lauf der Entwicklung des Sozialismus. Denn jeder aufrichtige und heuchlerische Patriot, Politiker oder Diplomat schreit aus vollem Halse oder schreibt in Zeitungen, kündigt es mittelst Bücher oder durch gezahlte Agenten, daß es in erwähnten Ländern keinen Raum für den Sozialismus gebe, so lange die nationale Einigung nicht vollzogen, so lange nicht die Industrie entwickelt, und ein Proletariat geschaffen ist, wie es im Abendlande der Fall ist.

Diese Meinung vertreten jene, die sich zu den Berufs-soldaten, zu Pfaffen, Beamten, Dynasten, Monarchisten und anderen Volksausgebern zählen und darauf hinausgehen, in solchem geeinigten Nationalstaate dem „geliebten Volke“ ganz in demselben Maße, wie die bisherigen Machthaber, das Blut und die Lebenskräfte auszusaugen. Die gekauften Machthaber Serbiens, Rumaniens, Bulgariens und Griechenlands besunden durch ihre Thätigkeit, daß sie in der Rücksicht auf das ökonomische Wohlbefinden des Volkes nicht viel besser sind, als die bisherigen ungelauften türkischen Herren. Sie stellen sich taub gegenüber unseren unabweislichen Beweisen, daß bei den erwähnten Nationen der Sozialismus ebenso am Platze ist, wie auch im Westen Europas, und zwar: erstens, weil der Sozialismus überall Platz hat, wo es Unrecht, Lüge, Beschränktheit und Niederträchtigkeit, Armut und Ausbeuter, Krieg und Waffen, Kosten und Privilegien, Monarchismus und Bigotterie und unzählige andere Auswüchse der Unwissenheit und der Verderbnis giebt; zweitens, weil in Piret, Sofia, Bukarest, Belgrad, Konstantinopel, Adrianopel, Saloniki und Athen es auch ein Arbeiter-Proletariat giebt, das mit der Anfertigung von Teppichen und anderen Webstoffen beschäftigt, den ganzen Tag um einen erbärmlichen Lohn von 30—40 Centimes arbeitet; und drittens, weil es in diesen

Ländern mehr Verwahrlosung, Hütten und Ruinen giebt, als in den Industrie treibenden Ländern Europas.

Ihr könnt Euch, theure Brüder, denken, mit wie großen Hindernissen kämpfen wir uns Schritt für Schritt Terrain erobern müssen zur Verbreitung der heiligen sozialistischen Ideen. Gegen uns kämpfen das große Reich der Unwissenheit und des Unverstandes und das zwar kleine aber mächtige Reich der staatlichen, kirchlichen und larvalistischen Machthaber.

Doch soll uns der Kampf gegen das Lager der selbst- und herrschsüchtigen Bedrücker nicht zu schwer sein, aber tiefer Nummer muß uns erfassen, daß ihnen dabei auch noch so viele von jenen Glenden an die Hand geben, die selbst bedrängt und ausgebeutet werden. Aber so wird es auch bleiben, bis endlich von den Augen dieser Glenden die Schuppen fallen und der dunstige Schleier schwindet, den Bigottismus, Monarchismus, Bureautilismus und Bourgeoisie geschaffen, welche die Leute und Völker nicht lehrten, die Hoheit der Menschenrechte zu ehren, sondern sich demütig zu beugen und der Hoheit des Gottes und der Herrscher Alles zu opfern, was zur Folge hatte, daß die Menschheit in feindselige Lager getheilt, in Elend, Noth und unzählige Drangsale gestürzt wurde.

Aber bei alledem ist es unsere tiefe Ueberzeugung, daß früher oder später der Sozialismus siegen muß und die Menschheit von dem politischen und ökonomischen Sklaventhum, von dem nationalen und kirchlichen Schwindel befreien wird.

Wir hegen eine feste Hoffnung, daß schon nicht mehr fern jene erhabene Zeit ist, wo über den nationalen und religiösen Fanatismus die internationale Solidarität siegen wird, welche in der Idee der Wahrheit und Gerechtigkeit ohne Pfaffen-thum und seine Markthallen die Völker umfassende Kirche ist; in der die menschliche Brüderlichkeit und die allgemeine Wohlfahrt, die Ärgernisse der eralteten und humanitären Wissenschaften, die ökonomische und politische Gleichheit aller Menschen und Länder die Glaubenssätze und Moralvorschriften der alten Kirchen erzeugen.

Es schreibt dieses Buch nicht ein Jüngling, dessen Seele für ein großes Werk leicht entflammt, aber sich ebenso auch leicht abkühlt, sobald er auf größere Schwierigkeiten stößt oder gutes Gehalt loht, sondern ein in seinem 56. Lebensjahre stehender Mann, der aus Liebe zu diesen erhabenen Prinzipien freiwillig auf Archimandritenwürde und Bisthum verzichtete und in die Reihen der Apostel des Sozialismus und Eurer Gesinnungs-genossen eintrat und Euch hiermit im Namen der serbischen Sozialisten den brüderlichen Gruß schickt mit dem Wunsche, daß Eure Thätigkeit von besten Erfolgen gekrönt werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember.

Ein Gedenktag. Am 2. Dezember 1851, also heute vor 40 Jahren, machte Napoleon Bonaparte, Präsident der Republik, seinen Staatsstreich. Er brach seinen Eid, und stürzte die Republik, die durch die Juni-Revolution das Proletariat von sich gestossen hatte, und in der Bourgeoisie, auf welche allein sie sich stützte, keine Vertheiliger fand. Der Meinerkaiser Napoleon III. regierte fast 20 Jahre lang, — in Ruhm und Ehren.

Aufgenommen in den Bund und Rath der Fürsten, angebetet von der Bourgeoisie aller Länder als Träger der Ordnung, ganz besonders gefeiert von der deutschen Bourgeoisie, die in ihm den Millionärzähler verehrte und den Vorkämpfer Bismarck's ahnte — galt Napoleon III. als Ausbund aller Regententugenden. Und erst nach dem Sturz, der durch einen Konflikt des Meinerkaisers mit seinem Schüler und langjährigen Helfershelfer Bismarck erfolgte, gab das Bürgerthum Deutschlands, das inzwischen in Bismarck's Erfass gefunden hatte, der Wahrheit die Ehre und gestand, daß dieser ihr Abgott nicht gewesen war als eine Spottgeburt von Schmutz und Blut — ein gemeiner Verbrecher und in jeder Beziehung verächtlicher Charakter. —

Der zweite Dezember 1851 hat seine Sühne gefunden; und wenn auch die französische Republik noch lange nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, so hat die politische Entwicklung und Erziehung Frankreichs in den letzten zwei Jahrzehnten doch im Ganzen einen so günstigen Verlauf genommen, daß wir sagen können: in Frankreich ist ein Napoleon unmöglich geworden. Wir wollten, wir könnten mit derselben Zuversicht sagen: in Deutschland ist ein Bismarck unmöglich geworden! —

Die Rede des deutschen Reichskanzlers — was auch sonst an ihr auszusagen sein mag — hat in dem Aus-

land durchweg einen sehr günstigen Eindruck gemacht. — namentlich in Frankreich, wo die soldatische Offenheit des Redners rückhaltlos anerkannt wird. Man glaubt dem neuen Reichskanzler, was dem alten in den letzten 18 oder 19 Jahren seines Hausmeiertums — wenigstens auf dem Gebiete der auswärtigen Politik — nicht mehr passieren konnte. Das ist ein großer Vortheil, den Herr von Caprivi vor dem Exkanzler voraus hat — und dieser Vortheil wiegt hundertmal alle sogenannten „Genialität“ auf, die schließlich auf gemeine Tölpelstülperei hinausläuft, vermittelt deren Jemand getuschelt oder über's Ohr gehauen wird. Das englische Wort: honesty is the best policy — Ehrlichkeit ist die beste Politik — gilt im vollsten Maße auch von der Politik par excellence, der sogenannten Staatsmannskunst.

Nicht, daß wir die Bedeutung der Caprivi'schen Friedensrede überschätzen wollten. Es ist aber immerhin ein Gewinn, daß sie unter den Franzosen die Ueberzeugung gekräftigt hat, die jegliche deutsche Regierung erstrebt, richtig den Frieden und ein gutes Einvernehmen mit Frankreich.

Und das ist, nach dem tiefen Mißtrauen, welches die Bismarck'sche Deh- und Hinterhalts-Politik unter einem großen Theil der Franzosen hervorgebracht hatte, immerhin nicht gering anzuschlagen. —

Die Sucht des Publikums, schnell Reichthümer zu erwerben, trägt, wie ein Bankier in der „Nationalzeitung“ offenbart, in erster Linie den Grund zu allem Uebel. Aber woher diese Sucht? In einer Gesellschaftsordnung, in welcher der Reichthum nicht allein materiellen Genuß, sondern auch Macht, Ansehen und überhaupt gesellschaftliche Geltung verschafft, wo nicht bloß die Armut, sondern auch die Nothwendigkeit, seine Bedürfnisse einzuschränken, mit mäßigen Einkommen zu rechnen, schon das gesellschaftliche Ansehen mindert, schon eine gewisse capitis deminutio, Chronminderung, mit sich führt, ist der Drang der sogenannten Mittellassen, Reichthum zu erwerben, ganz erklärlich. Hierzu kommt die steigende Sorge, ohne ein ziemliches Vermögen seine Kinder dem Proletariat verfallen zu sehen, was die Sucht nach Reichthum fördert. Stände die „ehrliebe Arbeit“ in dem ihr gebührenden Ansehen, bürgte sie für die Wohlfahrt und die gesellschaftliche Geltung des Arbeiters, statt daß sie heute im günstigsten Fall nur kümmerliches Brod und verminderte Rechtsstellung gewährt, dann würde die Sucht nach Reichthum den Boden verlieren, dann wäre es aber auch mit der ganzen gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu Ende. Wären die Dirichlet u. Wolff, die Friedländer u. Sommerfeld in ihren Spekulationen glücklich gewesen, ständen sie heute als Millionäre da, und andere Bankiers wären verkracht, so würden sie wahrscheinlich heute auch Moralpredigten halten über die Sucht des Publikums, zu ihrer Höhe emporzustreben. In der Bourgeoisie-Gesellschaft, in der das Geld alles gilt, die Millionäre züchtet aus dem Schweiß der Arbeiter, aus der allgemeinen Noth, die alles, was in ihr lebt, korrumpirt und prostituiert, sollte man wenigstens die Geschmacklosigkeit meiden, dem Publikum Moralpredigten zu halten. —

Zu einem neuen konservativen Programm theilte der Reichstags-Abgeordnete Reichsfreiherr v. Friesen-Nötha einer konservativen Versammlung in Weissen die Gesichtspunkte mit. Es ist in denselben alles zusammengefaßt, was der verbohrieste preussische Stockfucker nur wünschen könnte. Er will den christlichen Staat, der nur christliche Beamte einer anerkannten Kirche duldet, der alle unchristlichen Ansichten mit Strenge unterdrückt und bestruft, der das allgemeine Wahlrecht beseitigt, das Koalitionsrecht der Arbeiter aufhebt, einen vollen Umsturz der bestehenden Rechtsordnung, aber auf verfassungsmäßigem Wege. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht diese „Gesichtspunkte“, sie findet sie für ein Programm zu lang, aber erklärt sich mit ihnen im allgemeinen einverstanden. Das glauben wir gern. Freilich, ohne Bürgerkrieg ließe sich das Programm nicht durchführen, und das Junkertum und die Bourgeoisie wüßten sich wohl hüten, einen solchen offen herbeizuführen, der ihre Niederlage nur beschleunigen würde. —

Im sächsischen Landtag ging es gestern wieder heiß

den? Dieser Auf der Theilnahme war bebend und erregt den Lippen des Kriegsministers entfahren, der beim Anblick seines Adjutanten, den er fast wie einen Sohn liebte, und an den sein Herz seiner grenzenlosen Ergebenheit wegen gefesselt war, von der tiefen Veränderung seiner Züge und der häßlichen Niederbegehrtheit betroffen war.

Robert erwiderte nichts; mechanisch schloß er die Paden, richtete sich auf und nahm eine militärische Haltung an, nachdem er zuvörderst sein Käppi abgenommen.

— Aber was haben Sie denn? Sind Sie krank? Diese Ruße bildeten einen scharfen Gegensatz zu den Gedanken, die den General eben noch beschäftigt hatten. Dieser Mann von Eisen, dessen Ehrgeiz im Begriffe war, Ströme von Blut zu vergießen, war bewegt, sein Herz schien sich von einem gefährlichen Mittelid ergreifen lassen zu wollen. Er merkte es und hatte fast Angst, fast schämte er sich vor seiner Schwäche. Plötzlich hörte seine Gefühlsregung auf, sein Antlitz verdunkelte sich, zwei senkrechte, starke Falten umgelen seine Stirne und seine Augen nahmen einen Ausdruck von Härte an, welcher Robert befremdete. Seine Stimme klang nicht mehr milde, sondern streng, diese stolze, rauhe Stimme, welche die Offiziere, wie die Soldaten erbeben machte. — Es ist jetzt keine Zeit, krank zu sein. Die Schlacht wird binnen Kurzem beginnen, sobald die Barricaden errichtet sind, wenn die Nationalgarde, unfähig, ihre Buben zu halten, geflohen sein wird. Sie werden Befehle überbringen müssen, lieber Robert, viele Strapagen und nicht wenig Gefahr zu erdulden haben und am Ende, so wie ich Sie kenne, selbst sich die dritte Treppe holen, die Hauptmannstreppe! Bei diesen letzten Worten hatte er die Hand auf die Schulter des jungen Lieutenants gelegt, der nicht umhin konnte, zu schaudern, und einen Schritt zurückzuweichen. Nach einigen Minuten tiefen Schweigens erhob er wieder sein Haupt. Seine Stimme, fast erloschen, brachte langsam folgende Worte hervor: Herr General, ich komme, um die Erlaubnis zu bitten, meine Entlassung fordern zu dürfen. . . Diese Worte trafen den Kriegsminister wie ein Blitzschlag. Sein Gesicht entfarbte sich, seine erstarrten Augen fielen sich mit Blut und ein stolzes und häßliches Lächeln zog seine Lippen zusammen. Er hatte mit einem Ruck die Hand zurückgezogen,

die er in vertraulicher Weise auf die Schulter seines Adjutanten gelegt hatte. Starr sah er ihn an, als ob er seinen Ohren nicht trauen könne. — Ihre Entlassung? Die Art und Weise, mit der er diesen Ausruf ausließ, war derart, daß Robert seine Augen senken mußte vor dem harten Blicke dessen, dem er so viele Beweise seiner Ergebenheit und Treue, seines Eifers und Muthes gegeben hatte. — Ihre Entlassung? wiederholte der General streng.

— Ja, Herr General, meine Entlassung, verfehte diesmal festen und bestimmten Tones Robert, der die Augen erhoben hatte, und der, entschlossen, die Sache durchzuführen, den General dreist anblickte, der nicht mehr war als ein herrschsüchtiger Vorgesetzter, bereit zu schlagen, ohne der wohlwollenden Freundschaft und der früheren Dienste zu gedenken.

Der Kriegsminister mußte nicht mehr ein noch aus. Einen Moment meinte er, Robert wäre übergeschnappt und das verurtheilte ihm einen tiefen Kummer, ein wirkliches Herzweh. Aber die ruhige Haltung, der kalte Blick des jungen Offiziers entzissen ihn sofort seiner Täuschung. Er hatte Menschenkenntnis, der Mann da vor ihm hatte seine fünf Sinne, hatte seine völlige Vernunft, und sein Entschluß war sicher unerschütterlich. Indessen wollte er einen letzten Versuch machen, eine Erklärung fordern, bevor er zu den äußersten Mitteln griff, welche ihm die furchtbaren Befehle der militärischen Disziplin zur Verfügung stellten, dazu gemacht, um in blindem, passivem Gehorsam die zu halten, die in das Getriebe dieser entsetzlichen Maschine gerathen sind, welche unbarmherzig zermalmt, zerstampft und zertrümmert wie Gewissen. Er ging gerade auf Robert zu, richtete seine Augen auf die seinigen und sagte zu ihm: Ihre Entlassung in dem Augenblicke, wo man sich schlagen will! Wissen Sie auch, daß das, was Sie thun wollen, nichts Anderes sein kann als eine That des Wahnsinns, oder der Freigebit? Robert begriff unverzüglich, wohin der General wollte. Diese Szene war peinlich, wie sonst keine. Er beschloß also, ihr durch eine sehr verbindliche Erklärung ein Ende zu machen. Ihm lag wenig daran, was danach erfolgen konnte. Er hatte jetzt ein ruhiges Gewissen, und war zu Allem bereit, lieber zu sterben und Charlotte nie wieder zu sehen als direkt oder

indirekt Theil zu nehmen an dem, was er wie einen wahrhaften Brudermord, wie ein schändliches Verbrechen ansah. Und wie viel Subaltern-Offiziere befanden sich in demselben Falle, tapfere, edle Männer, denen weiter nichts fehlte, als ein wenig Charakterstärke, um lieber ihren Dienst zu quittieren, als ihren Regen mit dem Blute der Republikaner oder der Sozialisten, ihrer Landsleute zu besiedeln! Er unterbrach ungestüm die Frage des Kriegsministers, der sie mit einer drohenden Geberde unterstützte hatte. Mit dem festen Tone seiner Stimme antwortete er: — Ja, Herr General, meine Entlassung, am Morgen unmittelbar vor dem Anbruch eines schrecklichen Schlachtages, wo man große Gefahr zu laufen hat. Ich bin nicht verrückt, ich habe im Gegentheil seit vergangener Nacht meine Vernunft wiedererlangt. Freige bin ich auch nicht, das wissen Sie ja auch sehr gut, Herr General, da Sie mir das Kreuz auf die Brust geheftet, da Sie mich in Anbetracht meiner guten Führung vor dem Feinde zum Lieutenant vorge schlagen haben. Ich weiß im Gegentheil, daß die Handlungswelt, die ich heute begehe, die größte That der Ehrenhaftigkeit, der Vernunft und des Muthes meines ganzen Lebens ist; thun Sie mit mir, was Ihnen gut dünkt. Ich will lieber meinen Leben zerbrechen, als ihn in das Blut der Pariser Arbeiter tauchen, die dieselben sind, welche die Republik auf den Barricaden des Februars geschaffen haben. — Der General Robert's, aber der Joru, der ihn beherrschte, hinderte ihn zu sprechen. — Ich komme daher mit der flehenlichsten Bitte, mir entweder die Einreichung meines Entlassungsgesuches zu genehmigen oder mir einen zweimonatlichen Urlaub zu bewilligen, nach Ablauf dessen ich, welches auch der Ausgang der Ereignisse sein möge, den Dienst verlassen und irgend welche Beschäftigung suchen werde, um mein Brod zu verdienen.

— Ihre Entlassung oder Urlaub? Und Sie sind des Glaubens, mein Herr, daß ein Kriegsminister einem französischen Offizier erlauben werde, eine Freigebit und Verrath zu begeben?

— Einen Verrath, schrieb Robert. — Ja wohl, mein Herr, einen Verrath. Sie sind ein Verräther an ihrer Pflicht, ein Verräther an der Republik! Denn

ber. Zwei sozialdemokratische Anträge standen auf der Tagesordnung: 1. der Antrag, welcher die Zurückziehung der Soldaten aus der Teubner'schen Buchdruckerei fordert; 2. der Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom Juli 1849, welche das Tragen republikanischer Abzeichen verbietet. Abgelehnt wurden natürlich beide Anträge mit allen gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokraten. Allein diese verließen doch als Sieger das parlamentarische Schlachtfeld. Die Regierung verhielt sich ziemlich passiv — der neue Staatsminister ist zwar nicht so uerods, wie sein Vorgänger Kostig-Ballwig, aber auch ihm fehlt anscheinend jede Energie und auch er glaubt an das „Rothe Gespenst“. Geradezu unbegreiflich ist es, wie Jemand heutzutage noch behaupten kann — was der sächsische Staatsminister that —, daß dem Staat Gefahr drohe, wenn rothe Schleifen von Jedermann getragen werden dürften. Der Hinweis der sozialdemokratischen Redner auf Preußen, wo die rothe Fahne frei wehen kann, ohne daß irgend ein Stein umgefallen ist, schien die Furcht vor der rothen Farbe eher zu vermehren als zu vermindern.

Die sehr lebhafteste Debatte über den Antrag betreffend die Verwendung von Soldaten als Ersatz für streikende Schriftsetzer, gab Lieblucht Veranlassung das Gebahren der gegenwärtigen Presse zu kennzeichnen, die ihm durch plumpe Verdrehung und freche Wortfalschmäherei eine Verurteilung des Buchdruckerstreiks in den Mund gelegt hatte, obgleich seine ganze Rede, in der diese Kennerung angeblich vorgenommen sein sollte, vom ersten bis zum letzten Wort eine Vertheidigung des Streiks der Buchdrucker und ihrer gewählten Sache war.

Bezeichnend war es, daß die Regierung nur zwei Juristen sand, die ihr Handeln vertheidigten: den Konservationen Klemm und den Nationalliberalen Schill, die beide in Bezug auf kunstvolle Rechtsdeuterei das Menschenmögliche geleistet haben.

Für das Vorgehen Russlands gegen das Deutschthum in den Ostseeprovinzen sucht das Bismarck-Organ, die Münchener „Allgemeine Zeitung“, den „neuen Kurs“ verantwortlich zu machen, als ob nicht dasselbe gerade eine der schwachvollsten Seiten in der Geschichte der Bismarck-Politik bildete. Für das feindselige Verhalten Russlands gegen das Deutschthum in den Ostseeprovinzen, für die zahlreichen Grenzpländereien und Grenzüberbreitungen, die fast täglich gemeldet wurden, hatte Bismarck nie einen kalten Wasserstrahl. Gegenüber Russland wurde nie die deutsche Ehre angerufen, und beugte sich Deutschland wie ein Vasallenstaat. Russland zu Liebe wurde der preussische Partikularismus sogar gegen die nationale Reichseinheit ausgespielt, indem Preußen, ohne das Reich, einen besondern Anlieferungsvertrag mit Russland schloß. Die nationalen Parteien, denen die Bismarck-Vergeltung jedes selbständige Gefühl für nationale Ehre genommen, schlossen ihre Augen vor allen russischen Uebergriffen.

Der italienische Finanzminister Luzzati hat der Kammer in Rom ein Budget vorgelegt, das kein Defizit aufweist. Nun — das Papier ist geduldig, und wer sich ein Bißchen auf's Gruppieren der Zahlen versteht, kann sogar mit Leichtigkeit aus jedem Budget, sogar dem russischen, das Defizit hinaus- und sogar einen Ueberschuß hineinbringen. So lange die italienische Defizit-Politik fort dauert, wird auch das italienische Budget in Wahrheit ein Defizit haben, bis — der unvermeidliche Bankrott der Defizit-Politik ein Ende mit Schrecken bezeitet.

Der Streik der französischen Glasarbeiter ist, wie man uns aus Paris schreibt, noch immer nicht gänzlich beendet, denn die Glasarbeiter von Givors (Rhöndepartement) befinden sich heute noch im Ausstand und wollen eher ausmanövern als sich unterwerfen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Glashüttenbesitzer von Givors früher oder später den Kürzeren ziehen werden, da die Streikenden nicht nur von ihren arbeitenden Kameraden, sondern auch von anderen Gewerks- und sozialistischen Vereinigungen unterstützt werden. So erhielten sie in den letzten Tagen vom Kongress der Arbeiterpartei, der in Lyon tagte, eine Summe von 206 Fr. 80 Cent. Und von ihren Kollegen haben sie gegenwärtig umso mehr Aussicht kräftig unterstützt zu werden, als auch der Streik in den Glashütten von

gegen die Republik empören sie sich, um sie zu stürzen, diese Schurken, die Barrikaden bauen wollen! Der General war blind vor Wuth, rasend durch den kaltsblütigen Widerstand des jungen Offiziers, rasend über den heftigen Vorwurf und über die Ehrenhaftigkeit, die ihn im Innersten seines Herzens verwundete, denn er wußte wohl, daß er ein Verbrechen begehe, wenn er gegen die Empörung zu Felde zog und zu diesem Verbrechen hatte er sich aus reinem Ehrgeiz entschlossen.

Nein, das sind keine Schurken, versetzte Robert ohne Bangigkeit, ich kenne sie, es sind ehrbare Arbeiter, standhafte Republikaner, die es müde sind, das Elend zu erdulden. Was sie fordern, ist, daß die Republik, die sie für den Preis ihres Blutes, ihres Geldemüthes erdichtet haben, ihnen Arbeit und Brot giebt, und daß sie nicht mehr in den Händen von Ehrgeizigen und Intruganten sich befinden.

Herr, ich werde Sie arretiren lassen, wie einen Rebellen, schrie außer sich der General.

Lassen Sie mich erschießen, Herr General, aber möge das Blut, das Sie vergießen wollen, auf Ihr Haupt fallen, ich wenigstens werde meine Hände nicht beflecken lassen.

Ohne an Rufen oder Klingeln zu denken, stürzte sich der General aus seinem Kabinett und durchlief die Korridore auf der Suche nach einem Diener oder Burschen. Er stieß bald auf einen Hauptmann in Dienstreife und zog ihn mit sich. Als er in sein Kabinett zurückkehrte, die Drohung auf den Lippen, stieß er einen Schrei der Bewunderung und des Kerkers aus. Robert war verschwunden. Nach eingezogenen Erkundigungen, nach angefertigten Ermittlungen, hatte man ihn rasig vorübergehen sehen, er hatte dem nachhabenden Offizier die Hand gedrückt, war wieder zu Pferde gestiegen und in der Richtung nach dem Quartier Latin verschwunden. Eine halbe Stunde später kam seine Ordonnanz (Bursche) zurück mit seinem Pferde und einem Briefe, den er unverzüglich dem Kriegsminister zu übergeben hat, was auch geschah.

(Fortsetzung folgt.)

Möge-Gosse (Ober-Loire) zu Gunsten der Arbeiter entschieden ist. Die Bedingungen, unter welchen sie die Arbeit wieder aufgenommen haben, kommen einer Erhöhung von 6 pCt. für die Bläser und von 20 pCt. für die Gehilfen und Jungen gleich. Während aber der Streik der Glashüttenarbeiter bis auf den von Givors liberal beendet ist, steht ein neuer Streik in Lyon bevor, wo der Besitzer eines Glashüttenwerkes, das weiße Glaswaaren erzeugt, seinen Arbeitern einen neuen Tarif vorgelegt hat, wodurch sich ihre Löhne um nichts weniger als um 25 pCt. niedriger als nach dem bisherigen Tarif (1886) gestalten würden. Das wollen sich die Arbeiter selbstverständlich nicht gefallen lassen und haben demzufolge gekündigt. Bestimmt sich der Hüttenbesitzer nicht noch in letzter Stunde eines Besseren, dann ist der Streik unvermeidlich. Ja, er wird ihnen geradezu zur Pflicht; denn geben die Arbeiter dieses einen Hüttenwerkes nach, dann treten alle übrigen Glashütten-Besitzer mit demselben Lohnsatze an ihre Arbeiter heran. Es gilt hier also den ersten Anstoß zurückzuschlagen. Das haben denn auch die übrigen Glasarbeiter erkannt, wie dies aus einer von der Glasarbeiter-Gewerkschaft von Rive-de-Gier (Loire) einberufenen Generalversammlung hervorgeht, die mit Einstimmigkeit den Beschluß faßte, ihren Löhner Kameraden, falls es zum Streik kommt, den vollen Lohn zweier Tage im Monat und wenn nöthig auch mehr zur Verfügung zu stellen, um den Kampf siegreich bestehen zu können. Angesichts dieser Solidarität der Glasarbeiter dürfte der Lyoner Hüttenbesitzer, der auf den Namen Mesmer hört, vielleicht doch noch nachgeben, und so der Lohnsatze von 1886 auch ohne Kampf erhalten bleiben.

Die französische Regierung kann die Wahl Lafargue's noch immer nicht hinunterschlucken und noch weniger verdauen. Hatte sie den neuen Abgeordneten von Lille erst zu einem Vaterlandslosen stempeln lassen, will sie ihn jetzt, nachdem er durch amtliche Mittheilung nachgewiesen hat, daß er Franzose ist, zum Spanier machen. Auf ihren Wunsch hat die spanische Gesandtschaft denn auch erklärt, daß Lafargue, als in einer spanischen Kolonie geboren, wo er bis zu seinem zehnten Jahre lebte, nach den spanischen Gesetzen ein Unterthan Spaniens sei. Nun kann es sich aber nicht darum handeln, wie eine ausländische Gesandtschaft über die Staatsangehörigkeit eines inländischen Bürgers urtheilt. Es wäre doch wahrlich höchst spauisch, wenn ein Franzose schon deshalb seine Staatsangehörigkeit verliere, weil ein fremder Staat ihn für seinen Unterthan erklärt. Nur die französische Gesandtschaft kann hier maßgebend sein, und so wird denn die Regierung sich schließlich doch dazu bequemen müssen, unseren Genossen Lafargue, so gerne sie ihn auch die Staatsangehörigkeit aller Länder der alten und neuen Welt verschaffen würde, vorläufig nach französischen Gesetzen als französischen Staatsbürger und damit zugleich als Abgeordneten von Lille anzuerkennen.

Parlamentarisches.

Der Reichstag hatte gestern seinen ersten Schwerindag seit Wiederaufnahme der Verhandlungen. Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle der von den Freisinnigen Dr. Hirsch und Genossen schon vor einem Jahre eingebrachte Antrag auf gesetzliche Anerkennung von Berufsvereinen. Das Haus war insofern noch leerer als während der Budgetdebatten, als gestern auch die Bundesrathsbänke wüst und öde waren. Auf der rechten Seite übten wir bei Beginn der Sitzung ganze zwei Abgeordnete, darunter den Planener Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann, welcher als Redner auf der Liste stand. Was den freisinnigen Gesandtenpartei anbelangt, so ist derselbe genügend charakterisirt durch den Inhalt des § 7. Derselbe lautet: „Wenn der Verein sich geschwinderiger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn er andere, als die in diesem Gesetze (§ 1) bezeichneten Zwecke verfolgt, so kann er aufgelöst werden, ohne daß deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.“ Im Geiste dieses Paragraphen war auch die Rede des Abgeordneten Hirsch gehalten, mit der er den Entwurf begründete. Derselbe war eine einzige Entschädigung darüber, daß man es „in dieser Zeit“ gewagt, einen derartigen Entwurf einzubringen, der bestimmt sei, den Arbeitern neue Rechte einzuräumen. Nach Hirsch würde aber das Gesetz der Sozialdemokratie nichts nützen, sondern dazu beitragen, die Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern zu fördern.

Von dieser Harmonie wollten aber sämtliche nachfolgende Redner der nationalliberalen und konservationen Parteien nichts wissen. Herr von Keudell war dabei so hochhaft, den Dr. Hirsch an den Waldenburger Bergarbeiter-Streik zu erinnern. Außerdem machte dieser ehemalige Posthalter seinen Freunden damit grolseln, daß er einen Unternehmer-Exodus in Aussicht stellte, wenn der Entwurf Gesetzkraft erzielte.

Diesem Gespensthemal antwortete unser Genosse Mollenhuth treffend, wozu denn die Unternehmer jechen wollen, da in England, Frankreich, der Schweiz und jenseits des Ozeans, in Amerika, den Arbeitern die Rechte schon zuteil, welche hier das Einsetzen der Bourgeois-Vertreter hervorgerufen. Im Uebrigen geistelte unser Genosse das zweierlei Maß, mit dem bei uns die Vereine der Arbeiter und Unternehmer gemessen werden. Daß Dr. Hartmann für das Verlangen, den Arbeitern größere Vereinsrechte einzuräumen, nur strechen Hohn hatte, ist bei diesem Herrn selbstverständlich. Freundlich zu dem Antrage stellte sich der Zentrumsredner Dige. Die ganze Bourgeoisbrutalität und Egoismus trat in der Rede des nationalliberalen Fabrikanten Möller hervor. Derselbe erklärte die Angelegenheit als eine Machfrage und in einer Zeit wie der jetzigen werde er sich halten, den Arbeitern neue Machtmittel in die Hand zu geben.

Nachdem ein Schlusspantrag abgelehnt, sprach der Abgeordnete Heine noch gegen die Ausführungen des Herrn v. Keudell, worauf der Mitontrag oder Dr. Scheider noch die Grabrede für den Antrag hielt. Derselbe wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, wo er nun sanft ruhen wird. Verloren ist nichts daran.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische schweizerische Parteitag erledigte in drei Sitzungen am Sonnabend Abend und Sonntag Vor- und Nachmittags in Olten seine Tagesordnung, von der besonders die Statutenrevision und die Besprechung einer Initiativebewegung zu Gunsten der Einführung des Rechts an Arbeit in der Bundesverfassung von Interesse sind. Die neuen, im wesentlichen nach den Vorschlägen der Berner und Basler Parteigenossen abgeänderten Statuten ermöglichen auch ganzen Vereinen, sowie Lokal- und Zentralverbänden den Eintritt in

die Partei, während dies bis dahin nur Einzelnen gestattet war. Infolge dessen wurde natürlich auch der jährliche Mitgliederbeitrag herabgesetzt. Das Parteikomitee sodann erhielt eine Erweiterung, indem den 5 am jeweiligen Vorort wohnenden Mitgliedern der geschäftsleitenden Kommission 10 weitere Mitglieder beigegeben werden, die vom Parteitag als Vertreter der verschiedenen Landesbeiräte gewählt werden und je zweimal im Jahre zu einer Sitzung zusammenzutreten haben.

An der Stelle Berns, das eine Wiederwahl entschieden ablehnte und welchem seine hervorragende Thätigkeit aufs Wärmste verdankt wurde, rückte Basel zum Vorort pro 1890 vor. Großrath Wullschlegel wurde zum Präsidenten des Parteikomitees ernannt.

Der Antrag der Berner betr. das Recht auf Arbeit ging aus der Diskussion mit 21 gegen 7 Stimmen als Sieger hervor. Derselbe lautet: „Die Einführung des allgemeinen Volksrechts auf Arbeit in die Bundesverfassung ist auf dem Wege der formulirten Initiative anzustreben. Das Parteikomitee ist mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt in dem Sinne, daß ihm zusteht: 1. Die Wahl des Zeitpunktes der Initiative; 2. die definitive Formulirung des Initiativebegehrens; 3. die Gewinnung der Mithilfe auch anderer politischer Komitees und leitender Gruppen. Die definitive angenommene Formel des Initiativebegehrens darf aber keine Abschwächung der dem Parteitag vorgelegten und von ihm angenommenen Formel bedeuten und es ist dem Parteikomitee insbesondere Befugnis ertheilt, dieselbe nicht zu einer bloß dekorativen allgemeinen Phrase werden zu lassen.“ Die Fassung, welche Bern für das Initiativebegehren vorgeschlagen hatte, ist folgende: „Es sei folgender Artikel in die Bundesverfassung aufzunehmen: Das allgemeine Recht auf Arbeit ist gewährleistet. Jeder Schweizerbürger kann verlangen, daß ihm von den zuständigen Behörden seinen Kräften und seinen Fähigkeiten möglichst entsprechende Arbeit zugewiesen werde, falls er zu seinem und der Seinigen Lebensunterhalt auf den Ertrag seiner Arbeit angewiesen und ohne Verschulden ganz oder theilweise arbeitslos ist. Die Zuweisung von Arbeit muß unter Bedingungen erfolgen, welche mindestens gleich günstige sein müssen, wie die im Lande für die betreffende Arbeit durchschnittlich geltenden Arbeitsbedingungen. Ein Bundesgesetz wird die nöthigen Ausführungsbestimmungen aufstellen und insbesondere auch die Mitwirkung der kantonalen und Gemeindebehörden sichern und ordnen.“

In die Gründungskosten eines französischen Partei-Organ wurde ein Beitrag bis 200 Fr. bewilligt. In das Parteikomitee werden als Vertreter der verschiedenen Landesbezirke gewählt: Lang (Zürich), Sted (Bern), Brand (St. Gallen), Janquez (Valaigue), Zimmermann (Zug), Seidel (Zürich), Brägger (Gen), Eggenwiler (Olten), Kessler (Solethurn), Gschwind (Oberwil, Basel), Betr. Organisation des internationalen Arbeiterkongresses vom Jahre 1898 und Ausführung der Beschlüsse des Basler Kongresses wurde das Parteikomitee beauftragt, mit dem Centralverein und dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten.

In Pforzen bei Wera wurden bei der Gemeinderathswahl sämtliche sieben Kandidaten der Arbeiterpartei mit großer Majorität gewählt.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Kiel wurden in der Klasse der Arbeiter die von der Streik-Kontrollkommission aufgestellten Kandidaten gewählt. Ebenso siegten die Kandidaten unserer Partei in Gaarden, Dietrichsdorf, Neumühlen und Wellingdorf.

Eine Konferenz der Parteigenossen des VII. hessischen Wahlkreises Worms, Heppenheim, Wimpfen fand Sonntag, den 6. Dezember, im „Weißen Löwen“ zu Worms statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Das neue Parteiprogramm. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Die Arbeiterpresse.

Schwer mit Knäpeln mißhandelt haben Bauern aus dem Dorfe Wähen bei Dilsheim auf offener Landstraße drei unserer Parteigenossen, welche Flugblätter vertheilten. Man hegte sogar Hunde auf sie. Die Gemüthselben haben beim Landrathsamt und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht; hoffentlich trifft die Bauern, welche sich der Rohheit schuldig machten, die gebührende Strafe. Das Dorf Wähen hat bei der letzten Wahl durchweg liberal gewählt, die Bevölkerung ist protestantisch. Es hat also jetzt in puncto niederträchtiger Behandlung von Sozialdemokraten keine „Ordnungspartei“ mehr der andern etwas vorzuperken. Katholische und protestantische Konservatione und Liberale, sie alle greifen zum Knäpel, weil sie im geistigen Kampfe mit der Sozialdemokratie keine Aussicht auf Erfolg haben und sie hegen Räder auf unsere Parteigenossen, weil sie mit ihrer Weisheit im wahren Sinne des Wortes auf den Hund gekommen sind. Was muß die geistigen Führer der alten Gesellschaft mehr schmerzen, als unseren Parteigenossen die Beulen, welche ihnen von den ausgebeuteten Bauern beigebracht wurden.

Zustimmungs-Erklärungen zu den Parteibeschlüssen. Gonsenheim (Hessen), Wedel, Preeß, Virlach, Blachberg bei Grafrath.

Polizeiliches, Gerichtliches.

In Frankfurt a. M. wurden beim Parteigenossen H. Faust Heft 1-8 der Schrift „Vorwärts, Gedichte für das arbeitende Volk“ beschlagnahmt. Ferner wurde der Genannte in dieser Sache vom Untersuchungsrichter vernommen. In Höchst a. M. ist nach derselben Schrift gleichfalls gehäusucht worden.

Das Reichsgericht hat in Konsequenz seines Beschlusses in dem wegen Majestätsbeleidigung gegen den Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“ anhängig gemachten Prozes nunmehr auch das Urtheil des Darmstädter Landgerichts gegen den Redakteur John des „Offenbacher Abendblatts“, wobel es sich um denselben Artikel handelt, aufgehoben und an das Landgericht Darmstadt zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen.

Ganz im Fahrwasser des ehemaligen Sozialistengesetzes segelt bekanntlich das königlich sächsische Auswärtige — das in solcher Beziehung schon einmal Erwähnung fand — liegt hierfür wieder ein deutlicher Beweis vor. Dem dortigen Einberufer einer Versammlung ging folgendes Schreiben zu: „Beschluss des Stadtraths zu Penig vom 24. November 1891. Wie der Beamte berichtet, welcher vom Stadtrath mit Ueberwachung der am 22. Oktober 1891 abgehaltenen Volksversammlung beauftragt worden war, hat der damalige Referent in ungemein scharfer und theilweise aufsehender Weise gesprochen. Nach dem, was über die Persönlichkeit des für den 20. d. M. in Aussicht genommenen Referenten bekannt ist, dürfte ein Nehaliches auch von diesem Referenten, dem W. Paul Starke, welcher übrigens in Weidelsburg seinen Wohnsitz gar nicht hat, zu erwarten sein. Da nun fernher die Diskussion über die Ergebnisse des Erfurter Parteitages zu den lärmendsten und theilweise thörichten Auseinandersetzungen unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei selbst, z. B. in Berlin geführt hat, so dürfte auch hier für die öffentliche Ruhe und Ordnung zu fürchten sein. Auf Grund von § 5 und § 12 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1860 wird daher die von Robert Kühner für Donnerstag, den 28. November 1891, Abends 8 Uhr, angemeldete öffentliche Versammlung hiermit verboten. Dr. Weber.“ Solche Polizeiverfügungen wären unzulässig, sofern nicht das sächsische Bürgerrecht jeder freirechtlichen Regung dann ermangelte, wenn es sich um Arbeiter handelte. Die vom Bürgerthum gewählte Polizei kann keinen anderen Charakter haben als das Bürgerthum selbst.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

132. Sitzung vom 2. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der von den Abgg. Dr. Hirsch und Genossen eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die eingetragenen Berufsvereine. Nach demselben sollen Vereine, die gewisse Bedingungen erfüllen, die Rechtsfähigkeit erhalten, die jetzt nur von den Behörden besonders verliehen wird.

Abg. Dr. Hirsch (Hr.): Schulze-Delitzsch's Anträge im Norddeutschen und Deutschen Reichstage, betreffend die privatrechtliche Stellung der Vereine im Allgemeinen, scheiterten leider an dem Widerstand der Regierung. Sie hätten der deutschen Nation viele innere Kämpfe auf dem Gebiete der Arbeiterfrage erspart. In derselben Zeit wurde in England das Gesetz, betreffend die Gewerksvereine, angenommen, infolge dessen die Arbeiterbewegung in England niemals den Grad von Leidenschaftlichkeit, Heftigkeit und Verbitterung erreichte, wie bei uns. Das segensreiche Wirken der freien Vereinigungen ist auch anerkannt worden bei der Beratung der Gewerksvereine durch den Antrag Sipe auf gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Der preussische Bundesminister hat diesem Antrag wohlwollend gegenüber, hielt ihn aber für überflüssig, da der jetzt zur Beratung stehende Antrag damals bereits vorlag. Der Zug zum Zusammenschluss der Berufsgenossen ist ein recht germanischer. Ich sehe in den Berufsvereinen nichts, was uns mit Gefahr bedroht. Der Beruf ist der Mittelpunkt der sozialen Gliederung, darum sollen wir diese Organisation gesetzlich schützen und fördern. Die Berufsorganisation ist keine Kampforganisation, die sozialen Kämpfe werden im Gegentheil durch gesetzliche Normative dieser Art geregelt und gemäßig. Der Abg. Weis sprach sich 1872 auf der Eisenacher Versammlung der Nationalsozialisten in ähnlichem Sinne aus. Mit Recht erinnerte er daran, daß im Mittelalter auch die Zünfte im Kampfe gegen Trug und Mißbräuche aller Art groß geworden sind. Unsere Gewerksvereine, denen ich nahe stehe, verfolgen durchaus friedliche und gesetzliche Zwecke. In einer Arbeiterversammlung wurde kürzlich behauptet, es ginge nicht ohne Arbeitseinstellungen, das Kapital würde erst gemacht werden. Darauf antwortete ein Kleinrentmeister: Wir suchen freiwillig vor dem Streik den Ausgleich und Sie gewannen nachher. So denken die Gewerksvereine aller Länder. (Zustimmung links.) Diese Vereine dürfen nicht mehr rechtlos dastehen, sondern müssen ein gesetzliches Obdach haben für ihre, den Arbeitern so heilsamen Bestrebungen. Die Berufsvereine sind nicht gegen das Kapital gerichtet, sie regeln nicht das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, sondern die Mitglieder verfolgen vor allen Dingen den vaterländischen Zweck, sich gegenseitig zu stützen und zu fördern, sich materiell und moralisch zu heben. Unterstützungen bei etwaigen unabweislichen Kämpfen bilden in dem Budget der Gewerksvereine nur einen untergeordneten Posten. Ihre Hauptaufgaben sind die Gewährung eines wirksamen Rechtsschutzes und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, nicht bloß bei der Krankenversicherung unterliegenden Umständen, sondern namentlich auch bei Stellenlosigkeit, wenn das Geschäft steht; für diese Arbeitslosigkeit hat noch kein Staat Hilfe zu bringen versucht, da kann nur die freie Berufstätigkeit einleiten, wodurch die Unterstützung nicht als Almosen, sondern als gutes Recht erscheint. Die Vereinsangehörigen wollen schon seit Jahren in gesetzlich geordnete Verhältnisse kommen; doch dies doch nicht geschah, ist eine Längerdauer, da man den Kapitalgesellschaften, den Aktiengesellschaften das gleiche Recht giebt. Das Recht auf gesetzlichen Schutz haben die Gewerksvereine nachgewiesen durch ihre Leistungen; das Bedürfnis gesetzlichen Schutzes ist erwiesen durch die vielfachen und Jahre langen Mahnungen von Seiten der Behörden und infolge davon auch der Arbeitgeber. Wie haben jetzt 6000 solcher Gewerksvereine mit 400 000 Mitgliedern, ein Zeichen, wie groß das Bedürfnis in diesen Kreisen ist, sich zu organisieren, wie es die gelehrten Kerzte und Juristen thun; da ist es denn die einzig richtige Politik, diese schwelenden Wasser in die richtigen Kanäle zu leiten. Wäher sind ganz außerordentliche Summen an Vereinsvermögen, die Ersparnisse aus mühseliger Arbeit, verloren gegangen, weil es den Vereinen als solchen nicht möglich war, Prozesse zu führen. Weil hier keine gesetzliche Regelung besteht, fehlt den Vereinen gegenüber auch jeder Respekt vor dem Gesetz. Die öffentliche rechtliche Seite der Frage wird durch diesen Gesetzentwurf nicht direkt berührt; die Landesgesetze sollen maßgebend bleiben, bis auch diese Materie durch die Reichs-Gesetzgebung geregelt wird. Wir streben dahin, daß die öffentliche Stellung der Gewerksvereine eine bessere wird, daß auch das Verhältnis zu den Arbeitgebern ein friedlicheres wird. Seit 1/4 Jahren ist der Gesetzentwurf in Ihren Händen. Wir haben uns bemüht, ihn nach den besten vorhandenen Mustern und auf Grund langjähriger Erfahrungen im Vereinsleben selbst zu gestalten, als geeignete Grundlage einer kommissarischen Beratung. Als Muster haben wir benutzt das bayerische Vereinsgesetz und das Genossenschaftsgesetz, freilich mit Berücksichtigung der Eigenarten der Berufsvereine. Der gesetzliche Regelung der Stellung der Berufsvereine stehen so viel Schwierigkeiten im Wege, daß es schon an sich nicht ungerechtfertigt ist, ein besonderes Gesetz für die Anerkennung derselben zu geben und nicht bis zur Feststellung des bürgerlichen Gesetzbuches zu warten. Man wendet man ein, dieß Gesetz könnte der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten und sie wiederum stärken. Einen solchen Einwand verstehe ich nicht. Niemand ist ein prinzipieller Gegner der Sozialdemokratie wie ich, aber es giebt auch sonst i. d. Gesehe, und Sie selbst haben in letzter Zeit solche gemacht, bei denen sozialdemokratische Arbeiter ebenso in Frage kommen, wie jeder andere Arbeiter, z. B. bei den Gewerksvereinen, bei den Krankenkassen, sowohl in den freien als in den Zwangskassen. Außerdem stehen ja den Sozialdemokraten noch andere gesetzliche Mittel zur Verfügung, ihre Ansichten zu verbreiten und sich zu organisieren. Ich wünsche gerade, daß auch die Sozialdemokraten durch dieses Gesetz herangezogen werden zur Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten, denn dadurch wird die praktische Auffassung der Dinge beiderseitig werden und das wird mächtig wirken. Die gesetzliche Regelung, die wir verlangen, soll den Gewerksvereinen nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten geben. Das von uns verlangte Gesetz würde die Arbeiterschutzgesetze wesentlich ergänzen, namentlich würde hierdurch dem Mißbrauch der Koalitionsfreiheit, dem Kontrollbruch, energisch gesteuert werden können. Ich hoffe, daß Sie den Gesetzentwurf vortheilhaft und wohlwollend aufnehmen und in kommissarischer Beratung genau prüfen werden; ich bitte Sie darum im Namen meiner Mitantagsteller, im Namen der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt und der logischen Liebe. (Beifall links.)

Abg. v. Reubell (N. P.): Wenn Vereinigungen als solche das Recht haben sollen, Prozesse zu führen, müssen sie den Charakter juristischer Personen besitzen. Diesen Charakter haben gewisse Vereinigungen, wie Universitäten, Aktiengesellschaften, ex lege; andere Vereinigungen müssen ihre verbandsrechtliche Lage und ihre Gemeinnützigkeit nachweisen, dann wird ihnen das Recht der juristischen Person verliehen, in Preußen

durch königlichen Erlaß, in den meisten anderen Bundesstaaten durch Ministerialverfügung. Die Verhältnisse dieser Vereine wurden durch das Vereinsgesetz von 1867 geregelt, und Schulze-Delitzsch strebte, ihnen das Recht der juristischen Person zu verschaffen. Schulze-Delitzsch legte verschiedene Gesetzentwürfe zu diesem Zweck in den Jahren 1869-72 dem Reichstag des Norddeutschen Bundes und dem Deutschen Reichstag vor, welche auch theilweise im Reichstag angenommen, aber von der Regierung abgelehnt wurden. Loerle erklärte sich 1872 prinzipiell mit der Erziehung des weitläufigen Verleihungsverfahrens durch gesetzliche Normativbestimmungen einverstanden, hielt aber rüchlich der Gewerksvereine weitgehende Kautelen für notwendig, wenn die Verleihung der Korporationsrechte an dieselben nicht gefährlich werden sollte, denn diese Vereine organisierten den Krieg zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern. Redner schildert eingehend die Erfahrungen der großen Streiks der letzten Jahre und das Eingreifen der Gewerksvereine in die Streibewegung, und giebt sodann einen Ueberblick über die Entwicklung des Gewerksvereinswesens in den letzten zwanzig Jahren. Vor dem französischen Kriege ist es mit dieser Entwicklung nicht recht vorwärts gegangen, aber nach dem Kriege und besonders vielleicht infolge des Sozialistengesetzes und einer regen Agitation sei die Mitgliederzahl der Gewerksvereine erheblich gestiegen. Aus den Verhandlungen der Vereinstage der Gewerksvereine hatte ich den Eindruck gewonnen, daß es diesen an freier Bewegung nicht fehlt, und daß ihre finanzielle Lage durchaus nicht mißlich ist. Ihre volle freie Bewegung werden sie auch nach meinem Willen behalten. Unterstützungen durch Kassiere können die Gerichte auch heute schon vorfolgen, wo die Vereine nicht juristische Personen sind. Der große Vergarbeiter-Streik 1889 wurde von dem Verbands der Gewerksvereine wesentlich durch Geld unterstützt. Nach solchen Vorgängen und nach der Verschaffenheit der Verbandsstatuten können die Gewerksvereine Korporationsrechte nicht erhalten; denn die Forderung der Gemeinnützigkeit trifft für sie nicht zu, da der Kampf gegen die Arbeitgeber sie des Prädikats der Gemeinnützigkeit verlustig macht. (Sehr richtig!) Erhalten sie eine größere Macht, so bietet gerade das Gefühl derselben einen Reiz zu solchen Kämpfen. Keine Regierung kann die Verantwortung übernehmen, durch Verleihung der Korporationsrechte den Reiz zu Arbeitseinstellungen zu vergrößern. (Sehr richtig!) Darüber sind alle Regierungen der Welt sich einig, daß Arbeitseinstellungen nicht als ein dem Gemeinwohl förderliche Erscheinung betrachtet werden können. In der Vorlage erscheint als Zweck der Berufsvereine auch die Unterstützung der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und die Organisation für Streikfälle. Nachdem die Invalidentasse des Verbandes der deutschen Gewerksvereine in Liquidation hat treten müssen, erscheint es nicht gerechtfertigt, die Unterstützung in der Invalidentasse als Vereinszweck anzusehen, wie die Vorlage es thut. Und nicht nur die einzelnen Vereine sollen Korporationsrechte erhalten, sondern auch ganze Verbände von Vereinen. Ist es gerechtfertigt, eine solche Macht ins Leben zu rufen und dadurch die Arbeiter im Kampf gegen die Arbeitgeber zu stärken? Gegen die Vorlage spricht aber hauptsächlich, daß Alles, was wir hier den Berufs- und Gewerksvereinen gewähren würden, sofort auch der Sozialdemokratie unmittelbar zu Gute kommt. Die 60 000 Mitglieder der Gewerksvereine — deren Zahl ich übrigens bedeutend höher schätzen möchte — und die 300 000 Sozialdemokraten in den Hochvereinen sind die eigentlichen Benefizianten der Vorlage, diese Arbeiter-Bataillone können wir nicht unter dem Schutze eines Reichs-Privilegiums marschieren lassen, ihnen können wir die schwarz-weiß-rote Fahne nicht ausliefern. Schließlich würde die Industrie selbst unter dem Vorgehen der Arbeiter leiden, die Bessersituirten würden auswandern und eine massenhafte Verarmung unter den Arbeitern selbst eintreten. Von einer Ueberweisung an eine Kommission kann ich mir einen Nutzen nicht versprechen, da die Schäden der Vorlage unheilbar sind. (Beifall rechts.)

Abg. Wolfenbühr (So.): So lange die Arbeiter, resp. Handwerker, in geringer Zahl dem einzelnen Arbeitgeber gegenüberstünden, konnten sie sich ohne ausgedehntes Koalitionsrecht behelfen. Heute, wo Tausende von Arbeitern in einer Fabrik arbeiten und organisierte Arbeitgeber-Verbände gegenüberstehen, dürfen sie mindestens dieselben Rechte für sich beanspruchen, deren sich die Arbeitgeber erfreuen. Die Unterstützung des wirtschaftlich Starken gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen, die direkte Parteinahme gegen den Arbeiter, ist die Signatur der heutigen Gesetzgebung. Die Arbeitgeber sind in ihrer Vereinsbildung nicht gehindert. Sie dürfen Aktiengesellschaften gründen, in großen Gesellschaften durch Kartelle die Preise in die Höhe schrauben, sich persönliche Vermögensvorteile verschaffen; diese Vereinigungen sind nicht einmal an die nationale Grenze gebunden, wie es die große internationale Vereinigung der Auswanderer-Gesellschaften zeigt. Die Arbeiter haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber sobald sie den Preis ihrer Waare in derselben Weise steigern wollen wie die Arbeitgeber, so sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit durch die Gesehe gebremst. Die Arbeitgeber sehen die Lohnbedingungen fest, sie geben selbst auf die politische Stimmung der Arbeiter einen Druck aus. Nach dem Bericht des Fabrikinspektors für Leipzig haben sich viele dortige Arbeitgeber zu dauernden Verbänden vereinigt, um ihre Mitglieder und die Arbeiter vor „sozialdemokratischen Uebergriffen“ zu schützen. Auch für Altona und Umgebung besteht ein derartiger Verband. Was würden Sie dazu sagen, wenn die Arbeiter einen derartigen Verband gründen wollten, welcher die Arbeiter vor den Uebergriffen konservativer oder nationalliberaler Fabrikanten schützen soll? Würden Sie nicht über Tyrannei klagen? Die Arbeitgeberverbände erfreuen sich sogar der Unterstützung der Behörden. Der Kriegsminister hat sich bekanntlich dem Verbands der Metallindustriellen angeschlossen. Bei einem reinen Privatstreit zwischen Arbeitgeber und Arbeitern hat die Militärbehörde in Dresden und München sich direkt auf die Seite der Arbeitgeber in dem Lohnkampf gestellt, indem sie Soldaten abkommandierte für den Betrieb der Arbeitgeber. Niemals haben wir gehört, daß die Militärbehörden die Streikenden unterstützt haben. In Bayern, Sachsen und Preußen bestehen Gesehe, welche bestimmen, daß organisierte Arbeitervereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen. Infolge dessen wurden 1874 unter Tesdorfs fast alle Gewerkschaften aufgelöst. Derartige Vereine können aber die Diskussion öffentlicher Fragen wie die Schutzpolitik, des Arbeiterschutzes u. s. w. nicht ganz entbehren; deshalb müssen den Gewerkschaften diejenigen Freiheiten eingeräumt werden, die die Arbeitgeber schon längst besitzen. In dieser Beziehung erscheint uns der von Hirsch eingebrachte Gesetzentwurf als unzulänglich. Wunderbar ist es, daß gerade die Deutschfreisinnigen einen § 27 beantragen konnten, in dem es heißt, daß ein Verein aufgelöst werden kann, wenn er sich geschwärzter Handlungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird. Diese Bestimmung ist sehr lauschaftig. Was ist unter „geschwärzt“ zu verstehen? Ueberdies können die Vereine selbst schwerlich geschwärzt handeln, nur einzelne Personen handeln geschwärzt und sind gerichtlich haftbar. Danach würden in den meisten Fällen Leute bestraft werden, die gar nicht angeklagt waren. Unter keinen Umständen dürfen wir uns auf das Wohlwollen der Behörden verlassen, auf das uns dieser Paragraph verweist. Die Behörden haben ein Vorurteil gegen die Arbeiter

und ebenso der Richterstand. In Hamburg wurde ein Arbeiter, der einem anderen gerathen hatte, nicht weiter in einer Fabrik zu arbeiten, in der gestreikt war, wegen Verursachung von 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. In der Berufungsinstanz folgte der Landesgerichts-Direktor, ein solches Vergehen müßte eigentlich mit 14 Jahren Gefängnis bestraft werden, und dabei hätte es sich gar nicht einmal um eine Trohng gehandelt. Ich habe nie gehört, daß gegen einen Arbeitgeber wegen Verursachung ebenso rigoros vorgegangen worden sei. Die Berufsvereine dürfen nach unserer Ansicht sich nicht in Vereine von bestimmter politischer Tendenz spalten, denn sonst sind sie dem Arbeitgeber gegenüber machtlos. Eine Vereinigung deutscher Zigarrenarbeiter Hirsch-Bunder'scher Richtung hat dagegen in ihrem Statut bestimmt, daß Sozialdemokraten nicht aufgenommen werden dürfen. Zuchthäuser dagegen dürfen unter bestimmten Bedingungen aufgenommen werden. Politisch Andersdenkende werden also auf eine niedrigere Stufe gestellt als bestrafte Subjekte. Daß die Arbeiterorganisationen in England sich nicht mit politischen Dingen beschäftigen, ist ein Irrthum. Daß Streifen wird durch Gewerksvereine nicht gefördert. Wenn die Arbeiter organisiert sind, so rechnen sie bei einem etwaigen Streik mit den vorhandenen Mitteln, die unorganisierten rechnen auf das Solidaritätsgefühl der übrigen Arbeiter, sie rechnen mit unbekannten Größen. Ferner ist ein Hinderniß des Streiks in beratenden Organisationen vorhanden dadurch, daß namentlich diejenigen Leute mitentscheiden, welche selbst nicht an dem Streik theilhaftig sind. Uebrigens würde die Erreichung höherer Arbeitslöhne für die Industrie nicht schädlich sein, die Arbeitgeber würden darum doch nicht auswandern, denn sie könnten ihre hier erworbenen Kunden und Geschäftsverbindungen nicht mitnehmen. Es ist sogar nichts schlimmer für den nationalen Wohlstand, als niedrige Arbeitslöhne, weil dann die Arbeiter, wie z. B. die schlesischen Weber und die Leute aus dem Erzgebirge, kaum die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen, aber keine Abnehmer für die Industrieprodukte sein können, und schließlich ist doch das Inland das erste und wichtigste Absatzgebiet jeder Industrie. Bei niedrigen Arbeitslöhnen wandern gerade die besten Arbeiter aus, und dieser Auswanderung unserer geschicktesten Arbeiter nicht zum Vergleichen hat Amerika das Ausblühen seiner Industrie zu danken. Jetzt besteht bei uns tiefes Mißtrauen und Verbitterung gegen die Behörden, welche, wenn sie die Arbeiterorganisationen auflösen und ihr Vermögen konfiszieren, für das Verhalten der gewissenlosen Arbeitgeber mitverantwortlich erscheinen. Beunruhigung durch die Organisation ist nicht zu fürchten, dagegen hat die Regierung Nachmittel genug, die sich ja sogar bis auf die Unterklassensubvention erstrecken. In Amerika, wo die Behörden viel weniger Macht haben, und wo die Arbeiterorganisationen ganz frei sind, entsteht aus ihnen keine Beunruhigung. Das Schlimmste, was aus den Organisationen entstehen könnte, wäre eine Lohnherabsetzung, und das wäre nur schlimm für die Arbeitgeber, für die Allgemeinheit wäre das kein Unglück.

Abg. Hartmann (H.): Die Klagen über die Militärverwaltung sind bereits im sächsischen Landtage vorgebracht worden und hat dort die Regierung völlig rechtfertigende Erklärungen abgegeben. Die Lage der deutschen Arbeiter ist gar nicht so graulich, wie sie geschildert wurde. Der Antragsteller findet den Schwerpunkt des Gesetzentwurfs darin, daß den Berufsvereinigungen der Schutz des Strafrechts und des Zivilrechts gesichert werde. Was den ersten Punkt betrifft, so irrt er, wenn er glaubt, daß die Unterschlagungen der Kassiere gegenüber den Vereinen kraftlos sind, weil die letzteren keine juristischen Personen seien. Wichtiger ist die Frage des Zivilrechts. Aber ein Bedürfnis dafür hat der Antragsteller nicht nachgewiesen, eher der sozialdemokratische Abgeordnete. Die Verleihung der juristischen Persönlichkeit an die Berufsvereine hat die Folge, daß die Aufsicht der Polizeibehörden ihnen gegenüber fortfällt, daß die Beschränkungen des Vereinsgesetzes nicht gelten, namentlich in Bezug auf das Nichtverbindungs-treten mit einander. Das ist allerdings das Wichtigste und giebt Veranlassung zu einer sorgfältigen Prüfung. Dieser Gesetzentwurf, wenn er Gesetz wird, kommt nicht allein den Berufsvereinen zu gute, sondern auch den sozialdemokratischen Fachvereinen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schredlich!) Man wird sicherner fragen müssen, kann man, wenn man diese Vergünstigungen den Berufsvereinigungen gewähren will, sich beschränken auf die Klassen von Vereinen, welche hier aufgeführt werden? Meiner Meinung nach nicht. Und endlich: Ist in diesem Gesetzentwurf die Gleichheit aller vor dem Gesetz genau eingehalten, sowohl die Rechte der Arbeitervereine als derjenigen der Arbeitgeber? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die brauchen keine!) Auch muß die Frage geprüft werden, inwieweit dieser Gesetzentwurf eingreifen wird in andere Rechtsmaterien. Es wird sich fragen, ob jetzt der Augenblick gekommen ist, mit Art. 4 der Verfassung Ernst zu machen und ein Reichs-Vereinsgesetz zu geben, wodurch die Vereinsgesetze der Einzelstaaten ihre Geltung verlieren. Wichtig ist ja, daß viele Bestimmungen dieser Gesehe veraltet sind, das preussische und das sächsische stammen aus dem Jahre 1850. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf einer Kommission zu überweisen, die ihn nach Ihrer Aller Wunsch sorgfältig prüfen wird, und zwar schlage ich eine Kommission von nur 14 Mitgliedern vor, weil es sich hier um sehr viele technische Fragen handelt.

Abg. Sipe (Zentr.): Unsere Vereinsgesetze sind in der That veraltet, sie haben nicht Schritt gehalten mit unserer Entwicklung. Der Gedanke, daß die Verufe zusammenzutreten zur Förderung ihrer Interessen, ist ein echt deutscher, der gefördert werden muß. In diesem Sinne betrachte ich das Gesetz. Es kommt allen Kategorien zu Gute; Arbeitgeber wie auch Arbeiter sollen den Schutz dieses Gesetzes genießen, sie können sich dann in gesetzlicher Form organisieren, wie es bisher nicht möglich war. Es handelt sich aber nicht allein um die Organisation der Arbeiter, sondern überhaupt der Berufsgenossen, das Gesetz soll also auch auf Künstler, Kerzte u. s. w. Anwendung finden können. Es wird hier keine neue Arbeiterorganisation geschaffen, sondern die haben wir schon infolge der Koalitionsfreiheit, hier sollen nur die schon bestehenden Organisationen auf gesetzlichen Boden gestellt werden. Die Schaffung solcher gesetzlicher Formen ist sehr geeignet, auf die bisher stürmische Bewegung mächtig einzuwirken und sie in die nach der historischen Entwicklung notwendigen Formen zu leiten. Auf diesen Standpunkt müssen wir uns in der Kommission stellen. Wir haben ja schon früher einmal einen Beschluß gefaßt, in dem die Regierung aufgefordert wurde, Vorlagen über die gesetzliche Regelung der Arbeiterorganisationen einzubringen. Arbeiterkammern müssen errichtet werden, damit die Arbeiter ein Organ haben zum Ausdruck ihrer Wünsche, nicht nur gegenüber dem einzelnen Arbeitgeber, sondern auch beizwelse als Gruppe. Ich spreche meine Sympathie für diese Organisation aus und freue mich, daß die Regierung Schritte in dieser Hinsicht in Aussicht gestellt hat.

Abg. Müller (N.): Bei dieser Vorlage wird nicht viel herauskommen. Angesichts der Zeit, in der wir leben, stelle ich die Opportunitätsfrage in den Vordergrund. Die letzten Jahre sind nicht ohne Lehre an uns vorübergegangen. Die Rede des Abg. Hirsch hätte ich verstanden, wenn sie vor zwanzig Jahren gehalten worden wäre. Die Zeiten haben sich aber geändert. In England war das Gesetz über die Trades-Unions gegenüber dem früheren rechtlosen Zustande der dortigen Arbeiterorganisationen

eine Notwendigkeit. Ägen bei uns die Verhältnisse ebenso, würde ich für solche Vorschläge eintreten. Aber bei uns sind die Arbeitervereine keineswegs rechtlos, und wenn einmal die politische Genehmigung auf Grund des Vereinsgesetzes auf Schwierigkeiten stößt, so sind das Ausnahmefälle. (Widerspruch links.) Kaiser, dessen liberale Gesinnung allgemein anerkannt werden mag, hat selbst angegeben, daß es sich bei den Arbeiterorganisationen nur um Kampforganisationen handelt; die Trades-Unions Englands sind das nicht, sondern sie sind in sich notwendig. Mit einer Kommissionsberatung bin ich einverstanden, 14 Mitglieder werden genügen, der Zahl von 21 widerspreche ich nicht. Erhältlich genug ist die Frage allerdings, und sie muß uns früher oder später beschäftigen, aber der gegenwärtige Moment ist nicht geeignet, um eine gesetzliche Organisation zu schaffen, die den Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern noch hartnäckiger macht. Wenn die jetzigen Stürme sich beruhigt haben, werden wir zum Standpunkt der englischen Verhältnisse kommen können.

Ein Schlusssatz wird abgelehnt.
Hr. Heine (Sog.): Wie jetzt bei allen Gesetzen, so fragt man auch, wie dieses gegen die Sozialdemokratie wirken wird. Das Wohl des Volkes ist ja bei uns nicht oberstes Gesetz. Wenn ein Verein, um Korporationsrechte erhalten zu können, seine Gemeinnützigkeit nachweisen soll, so sehen die Herren recht natürlich keine Gemeinnützigkeit darin, wenn das Wohl der Arbeiter gefördert wird. Die politische Freiheit soll ein alter germanischer Zug sein. Das unterschreibt Niemand, der diese Freiheit kennen gelernt hat. Die Identität der Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber existiert heute nicht mehr. Herr v. Reudell wollte unter keinen Umständen den Arbeiterdetaillanten die schwarz-weiß-rote Fahne ausliefern. Ich versichere Ihnen, wir wollen Ihre schwarz-weiß-rote Fahne nicht. Wir wollen unter keiner anderen weiter marschieren als unter unserer roten. Herr v. Reudell befürchtet eine Auswanderung der besseren Elemente. Wohin sollen sie wandern? Etwas nach England, wo die Trades Unions der Sozialdemokratie anheimgefallen sind, oder nach Frankreich, wo durch Gesetz von 1884 diese Materie wenigstens einigermaßen gut geregelt ist, oder gar nach der Schweiz? Die Schweiz thut eben den ersten Schritt zum Sozialismus, indem sie, weil die Phosphorkrise die Arbeiter so stark dezimiert, die Fabrikation der Zündhölchen selbst in die Hand nimmt, nicht zum Vorteil ihrer Hinzugehörigen, sondern um den Arbeiterstand zu schützen. Man meint ferner, diese Materie hätte nicht für sich allein geregelt werden sollen, sondern mit dem ganzen Vereinswesen der Einzelstaaten zusammen. Da würde nur eine Verschlechterung der Bestimmungen der Einzelstaaten herauskommen, welche heute sich noch einer einigermaßen freien Vereinsgesetzgebung erfreuen. Wir würden nach preussischem oder gar sächsischem Muster ein schlimmeres Vereinsgesetz erhalten. Wir Sozialdemokraten sind mit dem Ausnahmefall fertig geworden, auch mit den Vereinsgesetzen der einzelnen Staaten, wir werden ebenso mit einem deutschen Vereinsgesetz in neuer, verbesserter Auflage fertig werden. Die Entwicklung der Sozialdemokratie wird dadurch nicht aufgehalten. Der Antragsteller soll sich nicht auf das hohe Pferd setzen mit seiner Vorlage; aus eigener Kraft können die Arbeiter heute ihre Verhältnisse nicht mehr bessern — er soll sich besonders nicht auf das hohe Pferd setzen, nachdem seine Invalidenklasse pleite gegangen ist. Redner geht dann auf die Einzelbestimmungen des Gesetzes ein und meint, man müsse jedes Gesetz vernünftig auflesen, bei uns werden aber die Gesetze nicht nach Vernunft aufgelegt, sondern danach: Wie werden sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wirken? Es ist uns gleichgültig, ob die Kommission 7 oder 14 oder 21 Mitglieder zählt — der Unterschied ist nichts als der zwischen einer kleinen, mittleren oder großen Leiche.

Damit schließt die Diskussion. Im Schlusssatz bemerkt Hr. Schneider (Niedhausen, dt.): Wir beschränken uns bei diesen Gesetzen auf das zur Zeit Erreichbare, wollen also dessen Wirksamkeit nicht auf Vereine aller Art, sondern nur auf Berufsvereine erstrecken, und das Gesetz soll nicht allein für den Arbeiter, sondern auch für den Arbeitgeber gelten, und auch für andere Berufsarten. Ich bedaure, daß man die Frage der Gemeinnützigkeit entschieden sein lassen will für die Verleihung der Korporationsrechte an die Arbeiterorganisationen. Auch die Gewerks- und Wirtschaftsgesellschaften, welche anerkanntermaßen nur geschäftliche Zwecke verfolgen, haben Korporationsrechte erhalten. Die Arbeitsverhältnisse werden durch die Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisationen keineswegs vermehrt werden. Dieser Auffassung widerspricht die Erfahrung, welche man in England mit den Trades Unions gemacht hat. Die Organisationen werden leichtsinnige Arbeitseinstellungen verhindern, weil die leitenden Vertrauensmänner sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind für den Fall, daß der Streik mißlingt. Auch der Wuchererstreik ist ein Beweis dafür. Ein Konfliktbruch großer Massen hat dabei nicht stattgefunden. Man sollte sich auch nicht dazwischen ausdrücken, daß die Unterwerfung im Falle der Invalidität unter die Zwecke der Arbeitervereine ausgenommen würde. Die zweite Invalidenklasse des Gewerksvereins der Maschinenbauer hat den Beweis dafür geliefert, daß auch solche Vereinigungen von Arbeitern die Unterwerfung im Falle der Invalidität sehr wohl in das Auge fassen können. Die strafrechtliche Verfolgung untreuer Vereinsvorstände wird durch den Mangel der Rechtsfähigkeit sehr beeinträchtigt. Die Verleihung der Korporationsrechte an die Innungen wurde seiner Zeit damit motiviert, daß es ohne dieselbe sehr schwer sei, betrügerische Handlungen der Leiter des Vereins zu verfolgen. Die Befürchtung, daß dieser Gesetzentwurf die Sozialdemokratie organisieren würde, hat Dr. Schäffle schon früher zerstreut, indem er als ein weitestgehendes Mittel der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Herstellung einer Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern durch Verbändevertretungen bezeichnet hat. In England sind die trades unions durchaus nicht die Träger der sozialdemokratischen Fahne geworden. Wenigstens hat der letzte Kongreß der trades unions in Newcastle kein sozialdemokratisches Gepräge gehabt. Der Hauptführer sozialdemokratischer Richtung, Burns, ist aus der parlamentarischen Leitung der trades unions wieder ausgeschieden. Nachdem das Sozialistengesetz Welt sei Dank gefallen ist und es nicht mehr Staatsbürger erster und zweiter Klasse giebt, sollte man sich nur fragen, ob die Organisation der Arbeiter geeignet ist, ihre berechtigten Forderungen auf Verbesserung ihres Gewerbes und Fortkommens auf legalen Wege zu fördern. Ich bejahe diese Frage und empfehle Ihnen die wohlwollende Prüfung des Entwurfs in einer Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall links.)

Präsident v. Levetzow: Nach dem mir vorliegenden Stenogramm hat der Abg. Heine gesagt: „Wir wollen diese schwarz-weiß-rote Fahne nicht, sondern wir wollen fernerhin unter derjenigen weiter marschieren, unter welcher wir bis jetzt marschiert sind, nämlich unter der roten.“ Meine Herren, wenn ein Mitglied des Reichstags hier öffentlich erklärt, daß er die Fahne des Vaterlandes mißachtet, so steht er damit dem Reichstag herab. (Zustimmung.) Es ist eine Ehrenpflicht des Reichstags, die schwarz-weiß-rote Fahne hochzuhalten. Ich rufe den Abg. Heine wegen jener Äußerung nachträglich zur Ordnung! (Beifall.)

Der U. G. Girsch wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Krankenkassen-Novelle.)

Lokales.

Die Adressen der in öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen gewählten Vertrauensmänner der 6 Berliner Reichstags-Wahlkreise sind folgende:

- I. Wahlkreis: Lätarow, Wauerstr. 9, v. 3 Tr.
- II. Wahlkreis: Kleinert, Potsdamerstr. 86a.
- III. Wahlkreis: Bömer, Ritterstr. 108, Zigarrenladen.
- IV. Wahlkreis: Erbe, Götterstr. 57.
- V. Wahlkreis: Mager, Sophienstr. 28-29, H. 2 Tr.
- VI. Wahlkreis: Giesbold, Woyenstr. 40, part.

- 1. Teil: 4. Reichstags-Wahlkreis, Osten, bei Alex. Sinnenlen, Neusselstr. 57.
- 2. Teil: 6. Reichstags-Wahlkreis, Rosenhauer, Schönhauser Vorstadt und Gesundbrunnen, bei Kalkowsky, Kalowstraße 1.
- 3. Teil: 1. Reichstags-Wahlkreis bei Brosch, Wilhelmshafenstr. 23.
- 4. Teil: 3. Reichstags-Wahlkreis bei Holzbacher, Dreystraße 3.
- 5. Teil: 4. Reichstags-Wahlkreis, Süd-Ost, bei Hermersmidt, Perlebergerstr. 28.
- 6. Teil: 6. Reichstags-Wahlkreis, Oranienburger Vorstadt, Wedding und Moabit, bei Goppert, Perlebergerstr. 6.

J. A.: Das Zentral-Wahlkomitee.

Diejenigen Genossen des Ostens, die gewillt sind, Sonntag, den 6. Dezember im 40. Bezirk helfen zu wollen, werden ersucht, sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr pünktlich bei Herrn Tempel einzustellen. — Das Zentral-Wahlkomitee.

„Der Kampf mit geistigen Waffen“ fördert auf Seiten unserer Gegner ganz ergiebige Resultate zu Tage. So stand vergangenes Freitag ein Inserat im „Vokal-Anzeiger“, durch welches ein Schriftsteller zur Ausarbeitung eines „Vortrages über ein Gesetz“ gesucht wurde. Ein Genosse fandte darauf seine Adresse ein und erhielt folgende Antwort:
Tollnäh im Saalkreise, den 29./11. 91.
Gehrter Herr!

Infolge der mir heute durch den „Berliner Vokal-Anzeiger“ eingehenden Offerte F. 337 frage ich bei Ihnen ergebenst an, ob Sie bereit sind, bis zum 8. f. M. einen Vortrag über die Gesindeordnung v. 8./11 1810 in Verbindung mit dem Gesetze v. 24./4. 1854 zu fertigen.

Der Vortrag müßte eine Stunde Vortragzeit umfassen, vollständig und wissenschaftlich angeordnet sein und darf namentlich auf die Versammlung nicht ermüdend wirken; es müßte das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde und die jetzige Verschwendungssucht des Letzteren bezeichnet werden u. s. w. auch besonders betont werden, daß die Sozialdemokraten die Befreiung der Gesinde-Ordnung und zwar mit Unrecht wünschen, da sie ihren Anschauungen nicht mehr entspräche. (Erläuterungen.)

Der Vortrag soll in einem königstreuen Verein gehalten werden, in dem auf dem Lande jeder Stand (mit Ausnahme von Gesinde und Arbeitern) vertreten ist.

Ich ersuche Sie ergebenst um gefällige möglichst umgehende entsprechende Mitteilung unter Angabe der Honoraransprüche. Hochachtungsvoll Peter S., Vereinssekretär.

Demnach sind also die Herren, welche den Kampf mit geistigen Waffen“ führen wollen, zu geistigen Leistungen selbst unfähig. Vielleicht erbarmt sich ein nichtkönigstreuer Arbeiter des Saalkreises dieser Kämpen, indem er ihnen die nötigen Unterweisungen — aber auch politische Aufklärung erteilt.

Mit dem Verlangen von Versammlungen muß sehr vorsichtig verfahren werden, wenn die Versammlung nicht der Auflösung verfallen soll. Wir haben in der letzten Zeit wiederholt Fälle mitgeteilt, in welchen die gegen die Auflösung eingereichte Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen worden ist, so daß angenommen werden muß, daß nach dieser Richtung hin eine strengere Praxis Platz greift. Wir lassen nachstehend den Bescheid des Polizeipräsidenten auf eine eingereichte Beschwerde folgen, aus welchem wiederum hervorgeht, wie peinlich genau die gesetzlichen Bestimmungen innegehalten werden müssen, wenn anders die Versammlung nicht dem Schicksal der Auflösung verfallen soll. Der Schlusssatz des Bescheides ist insofern besonders zu beachten, weil derselbe einen Grund für die Nichtfertigung enthält, dem die größte Dehnbarkeit verliehen werden kann. „Aufschiebend“ — so heißt es da nämlich — hat übrigens der Beginn der Versammlung gar nicht in Ihrer Absicht gelegen, da“ Bis jetzt sind unseres Wissens nach Aufhebungen nur immer auf Grund von Thatsachen erfolgt, nicht aber auf Grund von Annahmen, von denen es dem überwachen Beamten scheinen konnte, daß dies oder das so sein würde, oder dies und das etwa geschehen könnte. Wir lassen jetzt den Wortlaut der Beschwerde folgen mit dem Hinzufügen, daß es sich um eine öffentliche Gärtnerverammlung handelt, welche nach dem Vokal Königshof, Wilmsstraße, einberufen war:

Ein Wohlgeborener erwidere ich auf die Eingabe vom 23. v. M. ergebenst, daß ich Ihre Beschwerde nicht für begründet erachten kann, und deshalb keine Veranlassung habe, das Verfahren des die Versammlung am 19. Oktober d. J. überwachen Beamten zu mißbilligen. Auf Grund Ihrer eigenen Angaben sowie der diesseitigen Ermittlungen muß als feststehend angenommen werden, daß an dem in Rede stehenden Tage innerhalb der ersten Stunde nach der für den Beginn der Versammlung hierfür angegebenen Zeit lediglich die Wahl des Vorstandes erfolgt, so daß am 9 Uhr 1 Minute eine „Vortrags“ auf eine halbe Stunde beschlossen ist. Die Wahl des Bureaus kann aber, da hierin nur eine für die Ausnahme der Verhandlungen notwendige vorbereitende Handlung zu sehen ist, als Beginn der Versammlung im Sinne des Gesetzes nicht erscheinen. Eine Versammlung beginnt vielmehr erst, wie aus der Fassung des § 1 Absatz 2 des Vereinsgesetzes und den Verhandlungen der zweiten Kammer zu diesem Paragraphen gefolgert werden muß, mit der Ausnahme der Verhandlungen zur Tagesordnung. Anscheinend hat übrigens auch der Beginn der Versammlung gar nicht in Ihrer Absicht gelegen, da die Vertagung erfolgt ist, weil die Versammlung so schwach besucht und zu erwarten war, daß sich noch mehr Genossen einfinden würden.“

Der Polizei-Präsident, v. Nichtsofen.

Auch ein Normal-Arbeitstag. Einer unserer Abonnenten teilt uns mit, daß auf einem Grundstück in der Kastanien-Allee die beim Neubau beschäftigten Maurer an Wochentagen von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 Uhr arbeiten, — also sechzehn Stunden! Hieron sollen für Mittwoch, Freitags und Samstag 2 Stunden abgerechnet werden, so bleibt immer noch ein „Normal“-Arbeitstag von 14 Stunden übrig. Auch an Sonntagen giebt es keine Ruhe, hier wird bis Nachmittags 3 Uhr gearbeitet. Welches Familienleben die Arbeiter führen oder besser gesagt nicht führen, das des Morgens vor 6 Uhr ihre Wohnung verlassen und erst nach 10 Uhr Abends in dieselbe zurückkehren,

bedarf kaum der Erwähnung. Aber noch ein anderes Moment muß hervorgehoben werden: Während die Schriftsteller Deutschlands in einen Kampf eingetreten sind hauptsächlich um den Neuntugendtag zu erringen, giebt es in Berlin leider noch Arbeiter, welche durch die Verhältnisse gezwungen sind zu einer 14 stündigen Arbeit drängen. Wären die Arbeiter wirklich so dringend, daß Gefahr im Verzuge ist, so hätte doch entschieden darauf gehalten werden sollen, daß recht zahlreiche Neueinstellungen erfolgen, damit eine Anzahl Arbeitsloser wieder Beschäftigung erhalten hätte.

Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenbrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkästen, schwache Schachteln, Zigarrenkisten u. s. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und halbbal hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest angeklebt werden muß. Bei Freischendungen und solchen Gegenständen in Leinwand-Verpackung, welche Feuchtigkeits, Fett, Blut u. s. w. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paket-Aufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag, den Namen und die Wohnung des Absenders, den Vermerk der Gütebestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C. W. SO. u. c.) anzugeben. Zur Befreiung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankiert aufgeliefert werden. Das Porto für Pakete ohne angegebenen Werth nach Orten des deutschen Reichs-Postgebietes beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm: 25 Pf. auf Entfernungen bis 75 Kilometer (10 Meilen), 50 Pf. auf weitere Entfernungen.

Zur Warnung für Gegenwärtiger. Im Sommer d. J. erkrankte sich im Grunewald der Zigarrenhändler B., nachdem er über 5000 M. Mündergelber unterschlagen hatte. Der Gegenwärtiger, der die Abrechnungen des B. im vollen Vertrauen auf dessen Ehrlichkeit stets ohne strenge Prüfung unterschrieben hatte, mußte vollen Erfolg leisten.

Ein närrisches Jahr. Im Schaltjahr 1892 wird es sich ereignen, daß Fastnacht-Montag auf den 29. Februar fällt. Es ist dies eine Seltenheit, welche zuletzt im Jahre 1808 vorgekommen, daher wohl von wenigen unserer Zeitgenossen erlebt worden ist. Zu diesem Vorkommnis ist Bedingung, daß das Schaltjahr mit Freitag beginnt und Ostern auf den 17. April fällt. Haben wir den Fastnacht-Montag künftigen Jahres glücklicherweise hinter uns, dann erleben wohl Wenige das sonderbare Zusammentreffen nochmals; denn erst das Schaltjahr 1960 wird dieselbe Erscheinung wiederbringen. Dann tritt sie wieder ein im Jahre 2112.

„Repper“, eine Schwindlerpezee, die sich mit dem Vertrieb schlechter Waare, sogenanntem „Tunel“, zu ungehörlich hohen Preisen beschäftigt, haben sich, nachdem das Terrain in Berlin selbst so ziemlich abgegrast worden, auf die Vororte geworfen und finden dalselbst, wie man uns von mehreren Seiten mitteilt, die gewünschte Gegenwehr, denn die Damen werden ja bekanntlich nie alle. In Kirdorf sowohl wie in Weidensee ziehen die Berliner „Repper“ von Haus zu Haus und bieten Uhren, Ringe und sonstige Schmuckgegenstände feil; Gelegenheitsläufe nennen sie das; sie geben an, die Sachen entweder billig aus einer Konkursmasse erstanden zu haben, oder sie seien in augenblicklicher großer Geldverlegenheit und müßten ihre Primawoare um jeden Preis loswerden u. s. w. Der Käufer ist stets der Dummegefallene. Unter den Reppern befinden sich einige Veteranen der nunmehr eingegangenen Gilde der „Pfandscheinschieber“.

Die im Geschäftlokale des Bankwunders 2879 durch die Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegten Kontobücher und Skripturen wurden gestern Nachmittag dem Untersuchungsrichter im Kriminal-Gebäude eingeliefert. Unter Aufsicht einiger Kriminalbeamten hielt eine ganze Fülle davon vor dem Portal. Eines dieser Geschäftsbücher, welches im eleganten Einband die Aufschrift „Erlitten-Konto“ trug, war sehr dünn. Etwas umfangreicher zeigte sich das „Memorial“ des vertrachten Bankgeschäfts. Aus beiden wird der Staatsanwalt ein voraussichtlich sehr frammes „Memorandum“ anzufertigen Gelegenheit haben.

Schwindelfunktionen tauchen jetzt vor dem Weihnachtsfest fast wieder in allen Stadtteilen auf. Schon oft ist das Publikum gewarnt worden, sein Geld in diese Art Auktionslokale zu tragen, aber alle Warnungen helfen da nichts, die Veranlasser der Verfeinerungen machen doch immer wieder ihr Geschäft. Die Art und Weise, wie das Publikum gerupft wird, ist ein altes Kunststückchen, das sich bisher gut bewährt hat. Der Veranstalter der Auktion hält sich eine Anzahl Leute, welche als „Scheinbieter“ die Aufgabe haben, die Preise in die Höhe zu treiben. Die Leute bieten immer tüchtig mit, aber nicht in der Absicht, den ausgedienten Gegenstand wirklich zu erwerben, sondern nur, um die Leute, welche wirklich kaufen wollen, anzuregen, das fingierte Gebot zu übertrumpfen. Es ist dies also eine Art Auktions-Agent provocateur. Sobald die Scheinbieter merken, daß ihr Opfer nicht mehr Lust hat, weiter „hinanzuklettern“, sondern Miene macht, „abzuschmecken“, folgt noch ein Mehrgebot von ganz geringem Betrage, oft von nur zehn Pfennigen, die schließlich das Opfer auch noch überbietet. In demselben Augenblick ist es schon gefangen, der Versteigerer ruft schnell noch einmal aus, Todtenhülle ringsum, im nächsten Augenblick erfolgt der Zuschlag, der erstandene Gegenstand wird dem glücklichen Erbeiter sofort ausgehändigt und er muß sein schweres Geld abladen. Wenn er sich in Haus die Sache rei Lichte besieht, merkt er erst, daß er in der Auktion etwas erstanden hat, was er in jedem realen Geschäft besser und billiger gekauft hätte. Die Scheinbieter warten inzwischen auf neue Opfer und wenn sie den „Rummel“ verheben oder wenn ein biederer Provinzialer gerupft werden kann, dann kann am Abend ein ganz erklecklicher Raub zur Verteilung gelangen. Auf diese Weise an den Mann gebracht werden die verschiedensten Waaren und Gegenstände. In der Natur eines solchen „Geschäftes“ aber liegt es, daß möglichst Waaren gewählt werden, deren Werth nicht so ohne Weiteres kontrolliert werden kann. Das sind vor Allem Taschenuhren, Juwelen und Gold- und Silberwaaren. In der Leipziger Straße wurden kürzlich „goldene“ Remontoiruhren versteigert, in der Rosenhauer Straße werden Gold- und Silberwaaren verfloßt um jeden Preis. Wir raten unseren Lesern dringend, nicht in solche aus freier Hand etablierten Auktionslokale hineinzufallen, sie werden in denselben gewöhnlich auch noch „hingezogen“!

Polizeibericht. Am 1. d. Mts. Morgens wurde auf dem Felde an der Danzigerstraße ein Lapezirer mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe aufgefunden. Es liegt ungewisshaft Selbstmord vor. — Auf dem Steintor-Güterbahnhof wurde Vormittags die bereits stark verwesene Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Mittags wurde ein Buchdrucker in einer Laube auf dem Felde an der unbenannten Straße 42, Rotheim

lang F W., erhängt vorgefunden. — Nachmittags versuchte ein Schloffer sich in seiner Werkstatt in der Kononierstraße mittels eines Schlüssels zu erschleichen. Er wurde nach der Universitätsklinik gebracht. — Im Biergarten, nahe dem Floraplatz, brachte sich zu derselben Zeit ein unbekannter, etwa 20jähriger Mann mittels eines Revolvers zwei Schüsse in die Brust bei und verletzte sich so schwer, daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Vor dem Hause Neue Wilhelmstraße 3 wurde Abends ein Dienstmann von einem im Übermaß starken Trabe von der Marzschallstraße kommenden Schlächterswagen überfahren und eine Strecke weit mit fortgeschleift. Er erlitt ansehend schwere innere Verletzungen und mußte nach der Charité gebracht werden. — In der Thurnische des Hauses Ifflandstraße 6 wurde zu derselben Zeit die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

Am 1. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden drei Tode statt.

Gerihts-Beitung.

Ein eigenartiger Sachverhalt lag einer Anklage wegen erschütternder Tötung zu Grunde, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Krankenschwester Pauline Hoffmann verhandelt wurde. Die Angeklagte war in einer hiesigen Privat-Asylanstalt angestellt. In derselben war auch eine Frau Dr. M. untergebracht, welche deshalber unablässigen Beaufsichtigung bedurfte, weil sie in der Anstalt schon zweimal einen Selbstmord gemacht hatte. Der Angeklagten war aufgegeben worden, die Kranke nicht aus den Augen zu lassen. In der Nacht zum 16. Mai hatte die Hoffmann bei der Kranken gewacht. Gegen Morgen erhob sich die Letztere, um sich nach den Kloset zu begeben. Gegen die erhaltene Weisung begleitete die Wärterin die Kranke nicht. Die Letztere nach geraumer Zeit nicht zurückkehrte, suchte die Wärterin dieselbe auf. Sie gewahrte, daß die Kranke wieder einen Selbstmordversuch gemacht hatte, sie hatte sich eine Strähne Nüggarn zu verschaffen gesucht und sich hieraus einen dünnen Strid gedreht, mittelst dessen sie sich am Fensterhaken erhängt hatte. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Der Wärterin wurde zum Vorwurf gemacht, durch ihre Nachlässigkeit den Selbstmord der Kranken ermöglicht zu haben. Die Beschuldigte gab den Sachverhalt zu, nahm aber eine Menge Weidungsgründe für sich in Anspruch. Zunächst sei die Kranke schon soweit genesen gewesen, daß ihre Entlassung nach etwa 14 Tagen in Aussicht genommen war. Wenige Tage vor dem Selbstmord habe dieselbe sich in bitterer Weise darüber beklagt, daß sie nicht einmal allein nach dem Kloset gehen dürfe und die Kranke sich gerade in letzterer Zeit außerordentlich ruhig benommen, so habe die Angeklagte geglaubt, von einer Begleitung nach dem erwähnten Ort Abstand nehmen zu können. Da der Angeklagten seitens des Anstaltsarztes das Zeugnis einer leiblichen pflichttreuen und gewissenhaften Wärterin ausgestellt wurde, so stellten Staatsanwalt und Verteidiger es für wünschenswert, den Anstaltsarzt persönlich zu vernehmen und wurde die Verhandlung zu diesem Zwecke vertagt.

Wegen einer Beleidigung des Kronprinzen mußte sich gestern der Maler Heinrich Heiligendorf aus Berlin vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der nach Spandau gekommene Angeklagte hatte daselbst im Kaufmanns Restaurant-Motels Anzeigen über den Kronprinzen gemacht, welche seine Verhaftung veranlaßten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis.

Auf versuchte Erpressung und Beleidigung lautete die Anklage, welche gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Rudolf Leibusch verhandelt wurde. Leibusch war früher für den Petroleumhändler Bodenburger als Provisionirender thätig. Es war zwischen den Parteien das Abkommen getroffen worden, daß Leibusch die Provision für alle Lieferungen erhalten sollte, auch für die Nachbestellungen, welche von den Kunden gemacht würden, die durch den Angeklagten gewonnen worden waren. Als Leibusch später auf seiner Stellung entlassen wurde, erhob er ganz eigenartige Ansprüche. Er wollte die ererbte Abmachung so aufgefaßt wissen, daß ihm die Provision auch nach seinem Ausscheiden aus der Stellung bei Bodenburger zustehe, so daß der Letztere ihm gewissermaßen bis an sein Lebensende tributpflichtig blieb. Bodenburger behauptete dagegen, daß die Ansprüche des Angeklagten aufhörten, sobald dieser nicht länger für ihn thätig war. Es kam zum Prozesse, wobei dem Angeklagten Bodenburger der Eid zugesprochen wurde. Kurz vor dem Termine erhielt derselbe von dem Angeklagten ein Schreiben, in welchem der Letztere Vergleichsvorschläge machte und darauf hinwies, daß Bodenburger den fraglichen Eid nicht würde leisten können. Im Weigerungsfalle drohte der Angeklagte mit einer Klage wegen Meineids, den Bodenburger in einem früheren Prozesse mit einem Kunden geleistet haben sollte, als es sich um eine leere Petroleumkanne handelte. Auf den Inhalt dieses Schreibens gründete sich obige Anklage. Der Gerichtshof hielt es für zweifellos, daß der Angeklagte einen rechtswidrigen Vermögensvortheil hatte erstreben wollen und wurde wegen beider Vergehen auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erkannt.

Verfassungen.

Die streifenden Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen waren gestern Nachmittag wiederum in Stärke von gegen 300 Personen im Saale der Bodranerei versammelt, um den Situationsbericht entgegenzunehmen, welchen Herr Veste erstattete. Derselbe berichtete in erster Linie über den resultierenden Verlauf der Besprechung zwischen Prinzipal- und Gehilfenvertreter, die auf Vermählung des Unparteilichen, Dr. Freund, hingabte hat, hervorhebend, daß die Berliner Gehilfen auf die von anderer Seite gern gesehenen Sonderabmachungen verzichteten und die erfindende Behauptung, daß die Gehilfen kein Geld mehr hätten, durch die Thatfache widerlegend, daß den Betriebsräthen eine höhere Unterstützung jetzt gewährt werde, als wie zu Beginn des Streiks. Im Allgemeinen konstatierte Redner, daß die Situation für die Gehilfen unverändert sei und daß dieselben vorerst nichts anderes übrig blieben, als auszuhalten und zu warten, bis es den Prinzipalen gefällig sein würde, auf der Grundlage des Reunfundentages mit den Gehilfen in Verhandlung zu treten. Daß dieses nicht mehr lange dauern werde, davon war Redner überzeugt. Jüngst habe fast gar nicht mehr stattgefunden, und mit den Nothbehelfern re. könnten die Prinzipale kaum noch fertig werden. Die Gehilfen hätten jederzeit sich den Prinzipalen entgegenkommend bewiesen. Die Prinzipale lägen jede Verhandlung scharf abgelehnt. Die Gehilfen könnten warten und würden so lange auszuhalten, bis der Reunfundentag erungen sei. (Bravo!) Herr Eißler konstatierte fernerfalls ebenfalls die jederzeitige Bereitwilligkeit der Gehilfen, mit den Prinzipalen in Verhandlungen zu treten, was jedoch nur auf der Grundlage des Reunfundentages, von welcher unter keinen Umständen abgewichen werden würde, geschehen könne. An der Standhaftigkeit der Kollegschaft begab Redner keinen Zweifel und hielt derselbe es für überflüssig, an dieselbe besonders zu appellieren. Herr Gauwreder (Eide) brachte ebenso tröstliche Nachrichten aus Dresden und wurden dieselben freundlich aufgenommen. Gauwreder

Steinbrück (Dresden) gab ebenfalls, wie der Vorredner, seiner Genugthuung über die Haltung der Berliner Kollegen Ausdruck und die Versicherung ab, daß die Dresdener Kollegen sich ebenso standhaft erweisen werden. (Bravo!) Auch in Dresden sei die Situation für die Gehilfen durchaus günstig und schloß mit der Mahnung: Halten Sie aus, der Sieg muß unser werden! Herr Rosemann sprach der gesamten Arbeiterschaft den Dank der Buchdrucker für deren thätige Unterstützung aus und war der Ueberzeugung, daß der Bund der Prinzipale der Einigkeit der Buchdrucker und der Solidarität der Arbeiter über kurz oder lang erliegen werde. Auch zog er den erfolgten Ausschluß der Buchdrucker aus der Streik-Kontroll-Kommission in Betracht und war der Meinung, daß bei Gelegenheit eine Verhandlung mit dieser Kommission gesucht werden sollte. Herr Schmitt maß der Streik-Kontroll-Kommission die Verantwortung für den von ihr gefassten Beschluß bei und war der Meinung, daß die Buchdrucker sich derartige Maßnahmen merken würden. Im Uebrigen konstatierte Herr Schmitt, daß die Buchdrucker vorerst an diejenigen Gewerkschaften appellieren, welche von den Buchdruckern seinerzeit unterstützt worden seien und daß sie diesen Gewerkschaften sich zu gelegener Zeit wieder erkenntlich zeigen werden. Herr Silberberg war überzeugt, daß die Buchdrucker siegen werden mit oder ohne Streik-Kontroll-Kommission. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Sieg der Forderungen.

Verfassungen.

Über das sozialdemokratische Programm und die Taktik der Partei sprach am Sonntag vor einer etwa 3000 Personen starken Versammlung, die um 11 Uhr Vormittags begann, Genosse Bedel im Gieseler. Derselbe führte etwa folgendes aus: „Jede Partei ist in die Nothwendigkeit versetzt, ihre Ziele zu bestimmen in Form eines Programms, so auch die sozialdemokratische, die sich in Urfurt ein neues Programm gegeben hat. Selbstverständlich seien, je weiter das Ziel gesteckt wird, desto eher Meinungsverschiedenheiten über die Erreichung desselben möglich. Die sozialdemokratische Partei sei verhältnismäßig jung, sie sei das natürliche Produkt unserer Entwicklung, sie sei wie die jüngste, so auch die letzte Partei, die schließlich einzig in Frage kommt. Die anderen Parteien hätten das gemeinsam, daß sie auf dem Boden der jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung stehen und diesen verteidigen, während die sozialdemokratische Partei eine neue soziale Ordnung schaffen wolle. Wie verschieden nun auch die bürgerlichen Parteien sich entwickelt hätten, heute sei unter denselben keine mehr, so weit sie den Fortschritt erlirbte, die noch an die Verwirklichung ihres einst aufgestellten Programms glaube. Frage man, warum die bürgerlichen Parteien denselben so hoffnungslos der Zukunft entgegensehen, so sei die Antwort: die Entwicklung der Sozialdemokratie fürchte sie. Die bürgerlichen Parteien begriffen immer mehr, daß in der Sozialdemokratie eine Partei erkand, die mit allen anderen Parteien aufzuräumen beabsichtige; die bürgerlichen Parteien sähen sich daher aus ihrer Angriffsstellung verdrängt und in die Nothwendigkeit versetzt, sich zu verteidigen. Wie immer sie zu einander stehen möchten, und gegenwärtig machten sie gemeinsame Sache, wie man dies in den Wahlkämpfen mehr und mehr beobachte. Die Sozialdemokratie ihrerseits werde genöthigt, ihre Forderungen immer schärfer zu formulieren. Nun sei eine Partei, die nicht wisse, unter welchen Verhältnissen sie zur Macht komme, nicht in der Lage im Einzelnen zu sagen, wie sie ihr Ziel verwirklichen würde. Jeder Tag ändert etwas an den Verhältnissen, der Mensch aber sei das Produkt der Verhältnisse. Diese schrieben ihm Richtung und Verhalten vor. Der Kampfboden sei uns gegeben, wir könnten ihn nicht wählen. Redner geht nun auf das Programm ein und zeigt an der historischen Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und der bürgerlichen Gesellschaft die Möglichkeit der einzelnen Programmjahre. Die äußere Staatsform ändere nichts an den sozialen Grundlagen der Gesellschaft, ob Monarchie, ob Republik, sei hierbei gleichgültig, nur von dem Gesichtspunkt aus, welche Staatsform die besten Handhaben zur Schaffung einer neuen sozialen Ordnung biete, sei diese Frage zu beantworten. An sich hänge die Möglichkeit, zum Ziele zu kommen, von der Höhe der Entwicklung ab, welche die Gesellschaft erreicht habe; eine gewaltthätige Abkürzung derselben sei ohne die Gefahr starker Rückschläge unmöglich. Könnten wir die Entwicklung nicht gewaltsam abkürzen, so könnten wir sie doch fördern, indem wir der Arbeiterklasse den Gegensatz ihrer Interessen zur herrschenden Gesellschaft und das Wesen der letzteren immer klarer zum Bewußtsein brächten. Die Frage, ob Revolution oder Evolution, sei keine Frage, da die Revolution schließlich nur eine andere Erscheinungsform der Evolution sei und die letztere nur entstehe, wo der Widerstand der Interessen sich so gegenpült habe, daß eine rasche Umwandlung von Grund aus einzig dem vorhandenen Bedürfnis nach Umgestaltung entspreche. Das Eine stehe für ihn, Redner, fest: Die Revolutionen im alten Stil seien unmöglich und auf sie zu spekulieren ein Wahnsinn. Sollte die Entscheidung durch einen Sieg über die Repetitionswehr und Schnellfeuer-Geschütze herbeigeführt werden, dann sei es unmöglich, das volle nachdruck hervorzuheben. Wie die neue soziale Ordnung von Grund aus sich von jeder anderen Ordnung unterscheidet, so würden auch die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung von Grund aus andere sein, als sie bisher in allen Umwälzungen gewesen. Die ganze Entwicklung weise mit Händen greifbar darauf hin. Redner geht dazu über, das Wesen und den Stand der Entwicklung an den hervortretenden Zeitercheinungen zu kritisieren und nachzuweisen. Das Bedürfnis nach Aenderung der Verhältnisse nach Befreiung von den vorhandenen Uebeln und dem täglich fühlbarer werdenden Drucke werde heute bereits weit über die Arbeiterklasse hinaus auch in den anderen Klassen der Gesellschaft empfunden. Die Einsicht, daß es wie bisher auf die Dauer nicht weiter gehen könne, werde immer allgemeiner, mit dieser Erkenntnis wachse auch das Bedürfnis nach Aufklärung über das Wo? und Wie? Diese Erkenntnis werde unter dem Drucke der Verhältnisse wachsen und wachsen bis endlich ein plötzlich auftretendes Ereignis den Weg und die Möglichkeit der Umgestaltung Allen zeige und sich dann erfülle was die Lebensinteressen der Gesellschaft erforderten.

Des weiteren ging Redner auf die Taktik ein, um das Aufklärungsgeschäft der Massen, das die erste Bedingung zum Erfolge sei, im umfassendsten Maße zu betreiben. Es dürfe hierbei kein künstlicher Gegensatz zwischen Groß- und Kleinrenten, zwischen Stadt und Land gemacht werden, es gelte den Arbeitern klar zu machen, daß sie alle das gleiche Interesse hätten und daß die Stadt nicht ohne das Land auf den Sieg unserer Ideen rechnen könne. Angefichts der kolossalen Umgestaltung, welche die Verwirklichung der sozialistischen Ziele für die ganze Gesellschaft bedeute, müßten auch kolossale Kräfte vorhanden sein, die sich an dieser Umgestaltung beteiligten und diese Kräfte zusammenzufassen gegenüber der Konzentration der Kräfte und Mittel der Gegner sei unumgängliche Nothwendigkeit. Es handle sich nicht um Dezentralisation, sondern um Zentralisation, wobei jeder die Freiheit habe, den jeweiligen Umständen entsprechend zu handeln, wenn er sich nur der gemeinsamen Willen der Partei diktierten Rücksicht anbequeme und füge. Die Bewegung sei einem ungeheuren, stetig wachsenden Strome zu vergleichen, der schließlich kein Hindernis mehr lenze. Aber der größte Strom der Welt sei an seiner Quelle ein kleiner Bach, der erst durch die Aufnahme zahlloser anderer Bäche, die sich zu Flüssen vereinigen und in den Hauptfluß sich ergießen, diesen zu einem Stromen machten. Aber wie jeder Bach und jeder Fluß aus Millionen Tropfen sich zusammensetzten, die schließlich den

Strom bildeten und in seinem Wachsthum erzielten, so könne auch die Bewegung auf keine einzelne Person verzichten. Die Partei müsse alle Uebel und alle Mittel in Bewegung setzen, um die Schaar ihrer Anhänger ins Ungemeine zu vergrößern, dann sei sie die Macht, welche die Gesellschaft nach ihrem Willen forme.

Dem Vortrag folgte hitziger Beifall. Die Versammlung beschloß, von einer Diskussion abzusehen, falls nicht Gegner sich zum Worte meldeten, was nicht geschah. Es wurden alsdann die untenstehenden Resolutionen einstimmig angenommen.

Auf einige eingegangene Fragen erklärte Genosse Bedel, daß der Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage längst gestellt sei, daß er aber einzuweisen in zweiter Lesung noch nicht auf die Tagesordnung komme, da die Initiativträger der Reihe nach verhandelt würden und in den zwei Jahren, die die Reichstags-Session nun bald dauere, eine Menge Initiativanträge vorlägen, die noch in erster Lesung zu erörtern seien. Bei der Etatsdebatte sei die Sache gestreift worden, ein Beschluß des Reichstags konnte aber nicht herbeigeführt werden, weil es bei der ersten Lesung überhaupt nicht zu Abstimmungen komme. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe sich nun entschlossen, bei der zweiten Lesung des Etats eine Resolution zu beantragen, in welcher die Regierung angefordert wird, sofort ein Gesetz, das die Aufhebung der Getreidezölle ausdrückt, vorzulegen. Das sei die einzige Form, die es erlaubte, eine Abstimmung über diesen Gegenstand im Reichstage abzuhalten herbeizuführen. Bezüglich der Immunität der Abgeordneten wies Genosse Bedel auf den im „Vornwärts“ 1. J. mitgetheilten Beschluß der Fraktion hin. Reichstagsabgeordneter Schippel sei vor zwei Jahren zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Inzwischen wurde aber ein von unserer Seite gestellter Antrag auf Einstellung des Verfahrens im Reichstage angenommen und das Reichsgericht respektive diesen Beschluß. Es habe also dadurch die Verfassungsbestimmung über die Vertagung schon in dem Sinne — freilich stillschweigend — ausgelegt, wie wir für richtig hielten, und es müsse nun entscheiden, ob das Chemnitzer Landgericht korrekt gehandelt hat oder nicht. Ein Parteigenosse fragt an, ob der Parteivorstand nicht Kenntniß davon habe, daß die Schwäbische Tagewacht, obwohl sie im reaktionellen Theil die Antislawerei-Lotterie verurtheilt, im Inseratentheil doch eine bezügliche Annonce ausgenommen habe, bezüglichen Heirathsannoncen. Genosse Bedel erwidert, daß bei den 70 Zeitungen, welche die Partei besitze, es nicht möglich sei, auch den Inseratentheil zu beachten, sonst müßte im Parteivorstand eine Person allein zum Zeitungslesen angestellt werden. Es bestehe doch aber für jedes Blatt eine Preßkommission, für die „Schwäbische Tagewacht“ der Vorstand der Württembergischen Landesorganisation. Dieser habe es in der Hand, die Aufnahme solcher Annoncen zu verhindern. — Einer Anregung aus der Versammlung entsprechend, jagt der Vertrauensmann zu, 50 000 Exemplare des Parteiprogramms zum unentgeltlichen Vertrieb im Wahlkreise aufzusuchen zu wollen. Folgende Resolutionen gelangten einstimmig zu Annahme:

1. Die heute im Gieseler tagende öffentliche Vollversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Bedel einverstanden und erklärt, daß allein durch die Verwirklichung des Programms der sozialdemokratischen Partei die Befreiung der arbeitenden Menschheit aus der Knechtschaft hervorgehen kann. Die anwesenden Genossen verpflichten sich deshalb, mit allen Kräften auf politischem sowie auch auf gewerkschaftlichem Gebiet dahin zu wirken, die noch indifferente Masse aufzuklären.

2. In Anbetracht, daß die im letzten Jahre gestiegene Diskussion in den sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin sowie in den angrenzenden Wahlkreisen der Provinz über die Taktik der Partei zu den bedauerlichsten Vorläufern geführt hat, ist die Versammlung der Ansicht, daß diese unangenehmen Debatten verhindert werden können, wenn über die sechs Berliner sowie die nächst angrenzenden Wahlkreise Parteikonferenzen stattgefunden hätten. Die Versammlung beauftragt das Bureau, zur Bildung solcher Konferenzen die weiteren Schritte zu thun.

Mit einem dreifachen donnernden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Glaser, welche am Montag Abend tagte, erstatteten die Vertrauensmänner für den Agitations- und Unterstützungsfonds der Berliner Glaser-Gesellen Bericht über ihre bisherige Thätigkeit und erhielten auf Antrag der Revisoren von der Versammlung Decharge. Zu Vertrauensmännern wurden dann die Herren F u h wieder- und S t a m p e h l und G o j a t n e u g e w ä h l t. Herr F ö r s t e r, der zweite bisherige Vertrauensmann, legte eine Wiederwahl ab. Zu Revisoren wurden die Herren F a c h und S c h a w a l t e e r n a n n t. Zu dem Thema „Die herrschende Arbeitslosigkeit in unserer Gewerbe“ bemerkte Herr S t a m p e h l, daß jetzt schon so viel Glaser-Gesellen arbeitslos sind, wie sonst erst nach Neujahr. Herr G o j a t wies darauf hin, daß die Glaserarbeit mehr und mehr sogenanntes Saisongeschäft wird und ihr Betrieb immer mehr in die Hände einiger Weniger übergeht. Wann hätten zum Beispiel früher, wie es jetzt der Fall ist, dreißig Gesellen bei einem Meister gearbeitet? Die Kollegen sollten deshalb dafür sorgen, daß sie im Sommer so viel verdienen, damit sie im Winter wenigstens einige Wochen davon leben können. Als ein großer Schaden wurde allgemein in der Versammlung die Akkordarbeit bezeichnet, nach der sich Viele reizen, weil die Löhne so gering sind. Insofern wurde der gegenwärtige Zeitpunkt nicht für geeignet gehalten, Abhilfe zu schaffen. Unter dem nächsten Punkte der Tagesordnung wurde ein Antrag auf Aenderung der im Mai gefassten Resolution, welche von dem Rechte arbeitender Glaser auf Unterstützung aus dem Fonds handelt, abgelehnt. — Zum Punkte „Besprechung über Uebelstände in verschiedenen Werkstätten“ theilte Herr H ü n e l e einiges über die Firma Schmidt mit. Daß die Löhne dort die niedrigsten, sei allgemein bekannt; sie betragen 18, 19 und 20 M. Wer 6-7 Jahre dort arbeite, habe es ja glücklich bis auf 22 M. gebracht. Das Glasabladen beginne gewöhnlich kurz vor Feierabend und dauere dann über denselben hinaus. Die Uebelstände würden nicht bezahlt, sondern dafür eine Gratifikation gegeben, die so klein sei, daß sie kaum zu einem Glas Bier für jeden theilhabenden Arbeiter genüge. Wenn das nicht genüge, der könne gehen. Die Schuld an diesen und verschiedenen anderen Missethänden soll weniger den Chef als den Werkführer treffen. Herr S t a m p e h l wies darauf hin, daß bei der Firma früher selbständig gewesene Meister arbeiteten. Herr F u h bemerkte, daß Kollegen, welche früher an allen Organisationsbestrebungen theilgenommen haben, sich merkwürdigerweise davon abwendeten, wenn sie bei jener Firma in Arbeit treten. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Gratweil's Bierhallen tagende öffentliche Versammlung der Glaser-Gesellen Berlin betrachtet das Verhalten der Kollegen von der Firma Schmidt als für Arbeiter ungebührig. Die Versammlung fordert die Kollegen auf, sich endlich der allgemeinen Arbeiterbewegung anzuschließen, vor allen Dingen sich an dem Unterstützungsfonds zu beteiligen und auch Mann für Mann der hiesigen Organisation beizutreten, denn nur dadurch wird es möglich sein, im Handwerk die Lage menschenwürdig zu gestalten.“ Es wurden dann über eine Reihe von anderen Firmen Missethände berichtet. Bei der Firma Heiserdorf u. Komp. haben zwei oder drei Kollegen noch am 8 und 9 Uhr Abends gearbeitet. Bei Spinn u. Komp. sind Maßregelungen vorgenommen und der Lohn ist dort so gering wie ihn sonst Gehilfen, die eben angelesen haben, bekommen. In der Angelegenheit des Herrn S t a m p e h l, gegen den sich ein Ring gebildet zu haben scheint, wurde mit Rücksicht darauf, daß der Fachverein die Sache in die Hand nehmen will, von der Versammlung nichts unternommen.

Die Gesamt-Abrechnung des Agitations- und Unterstützungsfonds

Soziale Uebersicht.

An die deutschen Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Genossen und Genossinnen! Wir hören tagtäglich bei stetiger Steigerung der Kosten der Lebenshaltung von Lohnverfälschungen...

Genossen, es handelt sich hier nicht nur um den Kampf eines Gewerbes zur Erlangung einer kürzeren Arbeitszeit, nicht um Erreichung eines prozentualen Lohnzuschlages, sondern wie und das Gefahren des geschlossenen Unternehmertums zeigt, um die Existenzberechtigung der Organisation.

Zu bei dem kurzen Bestande unseres Verbandes die Mittel hierzu nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, haben wir uns im Einverständnis mit dem Ausschuss entschlossen, Extra-Marken zu 10 und 20 Pf. auszugeben...

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Metallschläger Dresdens befanden sich schon vor zwei Jahren in einer sehr gedrückten Lage, erlangten aber damals durch einen äußerst hartnäckigen Lohnkampf einen zehnwöchentlichen Arbeitstag und eine Lohnerböschung von ca. 18 pCt.

Bei diesen Ertragsverhältnissen war es immerhin noch nicht möglich, den Durchschnittslohn über 16 M. pro Woche zu bringen. Jetzt soll nun, bei den ins Unendliche steigenden Lebensmittelpreisen, eine Lohnreduktion von 18 pCt. eintreten!

Das Unternehmertum will sich aber nicht nur auf Unkosten der Arbeiter schadlos halten und wieder eine längere Arbeitszeit einführen, nein, auch die Organisation der Arbeiter soll möglichst geschädigt werden.

Dieser Streik ist nach Allem kein Angriffstreik, sondern ein Abwehrstreik im vollsten Sinne des Wortes. Die anspruchsvollen Metallschläger sind, um den Sieg durch möglichst lange Ausdauer zu erringen, geht daraus hervor, daß dieselben nur 8 resp. 8 Mark pro Mann und Woche Unterzahlung erhalten.

Hier hat schnelle Hilfe noth. Möge ein Jeder sein Scherflein dazu beitragen. Wir wünschen den Metallschlägern den besten Erfolg und die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstraße 3, ist bereit, Unterstüßungen entgegenzunehmen, wenn es nicht vorgezogen werden sollte, dieselben direkt nach Dresden an Paul Schmidt, Al. Bräutigamstraße 17, 1 Tr., zu senden.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck ersucht!

In drei Sprachen — deutsch, englisch, französisch — werden im „Vereinsanzeiger“ die Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen zum Besuche des vom 24.—26. Januar nächsten Jahres in Frankfurt a. M. tagenden allgemeinen Kongresses eingeladen, welcher zu den wichtigsten Fragen der Organisation und Streikbewegung Stellung nehmen soll.

Der dritte Punkt der Tagesordnung des Kongresses der Maler und verwandten Berufsgenossen lautet: „Aufschaffung eines internationalen Streikfonds sämtlicher Berufsgenossen aller Kulturländer durch Einführung einer internationalen Streikmarke.“

Die Streikmarke soll die Durchschnittshöhe eines bestimmten Geldwertes der hauptsächlichsten Kulturländer haben, die jeweilige sich in dieser Durchschnittshöhe ausdrückende Geldsumme des betreffenden Landes soll darauf vermerkt sein. Zum Beispiel: Centimes, Pence, Kreuzer und Pfennig.

Durch Einführung und Anerkennung dieser Streikmarke verpflichten sich die Kollegen der verschiedensten Länder zur gegenseitigen Unterstützung in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Die Kontrolle der Unterstüßungen könne durch die jeweilige existierende Hand- oder Parteipresse oder durch die Vertrauensleute geregelt werden.

Zu gleicher Zeit möchte — heißt es im „Vereinsanzeiger“ — ein fortwährender Austausch unserer Gewerkschafts- oder Fachpresse, sowie Abdruck und Bekanntmachungen wichtiger Organisations- und Streitangelegenheiten stattfinden, um die Kollegen aller Länder auf dem Laufenden zu unterhalten.

Dies wären so in Kürze unsere Ansichten zu einer internationalen Verhandlung aller Kollegen. Doch nicht unsere Ansichten sollen maßgebend sein. Nein, wir bitten dringend um eure Vorschläge, und noch mehr, um die Anwesenheit eines Vertreters der verschiedensten Länder unseres Gewerbes auf unserem Kongress, um durch schriftliche und mündliche Aussprache und Verhandlungen zu können.

Alle Kollegen und Brüder! Welche Sprache Ihr auch führt, seid herzlich willkommen zu unserem Kongress. — „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Es lebe die internationale Solidarität!“

Alle Anfragen betreffs des Kongresses etc. sind zu richten an W. Schweiger, Berlin-Nikdorf, Derrmannstr. 153. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Eine verdienstliche Arbeit liegt in dem Büchlein vor: „Arbeitsverhältnisse der Müller Deutschlands“, nach statistischen Quellen bearbeitet von H. Käppler, Landredakteur des in Altenburg erscheinenden „Fachsblattes der Müller und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“.

Es sind darin über die Arbeitsverhältnisse der deutschen Müller-Gesellen Aufschlüsse gegeben, welche nach unserer Ansicht selbst die Arbeiter gegenüber verhärtetsten Angehörigen des Regimentsapparates veranlassen müßten, dieser unter fast ungläublicher Ausbeutung stehenden Arbeiterkategorie zu helfen. Als Beispiel dafür, daß das Gesagte nicht übertrieben ist, wird folgendes Tableau der Arbeitszeit gelten können.

Von den 668 Mühlen, über welche sich die Statistik erstreckt, haben nur 82 Betriebe mit 513 Gesellen und 425 Hilfsarbeitern einen 10 stündigen Arbeitstag, wobei 111 erstunden, welche die Gesellen machen müssen, um ihren elenden Lohn etwas zu erhöhen, nicht mitzuerneuen sind.

98 Betriebe mit 609 Gesellen, 319 Hilfsarbeitern und 19 Lehrlingen arbeiten täglich 14 Stunden;

79 Betriebe mit 202 Gesellen, 65 Hilfsarbeitern und 16 Lehrlingen täglich 15—16 Stunden;

304 Betriebe mit 793 Gesellen, 154 Arbeitern und 85 Lehrlingen täglich 17—18 Stunden;

52 Betriebe mit 89 Gesellen, 11 Arbeitern und 10 Lehrlingen täglich 19—20 Stunden;

47 Betriebe mit 133 Gesellen, 9 Arbeitern und 3 Lehrlingen arbeiten 26 und mehr Stunden hinter einander.

In 4 Betrieben mit 5 Gesellen müssen die letzteren 14 Tage bis 3 Wochen lang ohne Ablösung beim Zeug arbeiten, essen und schlafen.

Seinabe in ganz Süddeutschland, sagt das Büchlein, müssen die Müller 36 Stunden lang hinter einander arbeiten, um dann nur 12 Stunden frei zu haben.

Von den oben erwähnten 668 Betrieben haben nur 75 vollständige Sonntagsruhe, in 40 wird 8 Stunden, in 103 Betrieben 7—12, in 53 Betrieben 13—17, in 351 Betrieben 18—24, in 46 Betrieben 30, 36 und mehr Stunden Sonntags hinter einander gearbeitet.

Die Lehrlinge sind von dieser Schindererei nicht ausgenommen.

In den Schlafstätten der Müllerarbeiter herrscht häufig die denkbar größte Unreinlichkeit. Der Lohn ist niedrig, die Kost unbefriedigend, die Behandlung der Arbeiter oft roh.

Die Schrift des Herrn Käppler ist den Mitgliedern des Reichstags und des Bundesraths zugehelt; sie verlangt auf Grund dieses, übrigens auch im Detail (auf Grund der statistischen Fragebogen, welche Herr Käppler verfaßte), gegebenen Materials folgende Reform der Arbeitsbedingungen:

12stündige (!) Arbeitszeit; vollständige Sonntagsruhe; mögliche Abschaffung von Kost und Logis, wo dies nicht angängig, fräftige Kost und gesunde, reinliche Schlafräume außerhalb der staubverfüllten Mühle; und für jeden Gesellen z. B. ein Bett; Unterstellung aller Mühlen unter das sogen. Fabrikgesetz mit Kontrolle durch Inspektoren, welche von den Müllergesellschaften selbst gewählt sind und aus ihrem Verse stammen. Ferner wird verlangt, daß Lehrlinge bei Nacht nicht vor dem gangbaren Zeug beschäftigt werden und daß in keiner Mühle mehr Lehrlinge als Gesellen beschäftigt werden.

Diese wenigen Andeutungen des Inhalts der Schrift — deren Preis nur 60 Pf. ist — dürften genügen, um dieselbe allen Jenen, welche sich mit volkswirtschaftlichen Dingen beschäftigen, als des Studiums werth zu erweisen.

Versammlungen.

Für den 40. Kommunal-Wahlbezirk (Moabit) fand am 1. d. M. unter reger Theilnahme eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt. Zu ihr Beginn derselben der Referent, Reichstagsabgeordneter Stadthagen, noch nicht erschienen war, so wurde der erste Punkt der Tagesordnung, welcher lautete: „Weshalb ist es Pflicht jedes wirklichen Arbeiters, für den sozialdemokratischen (Meyner), gegen den liberalen Kandidaten (Gerde) energisch zu agitieren?“, vertagt und erledigte die Versammlung zunächst den letzten Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“.

Zur Annahme gelangte eine Resolution, welche den Kauf nur solcher Wirk- und Vollwaren empfiehlt, welche den Kontrollstempel deutscher Textilarbeiter tragen. Unterdessen waren Stadthagen und auch Meyner erschienen und nahen Ersterer zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe wird darauf hin, daß die Arbeiter bereits bei der Hauptwahl bewiesen haben, daß sie begreifen, wie nothwendig es ist, für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Angesichts der bevorstehenden Stichwahl hielt er es aber für erforderlich, daß Jeder, dem daran gelegen ist, daß seine Rechte nicht noch mehr geschmälert werden, einen Rückblick werfe auf die Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung. Redner wies darauf hin, daß die „Freisinnigen“, sobald es sich darum handelt, den „Freisinn“ der Arbeiter gegenüber praktisch zu betätigen, durchaus arbeiterfeindlich sind, und erinnerte an die Ablehnung des sozialdemokratischen Auftrages, die Kommunalwahl an einem Sonntage stattfinden zu lassen, an die drückende Miethsteuer, an das Miethergeld des Herrn Oberbürgermeisters in Höhe von 30 000 M. und die unzureichenden Löhne der städtischen Arbeiter, an die Ausgaben für Schänke, Kasse, und was der Ansicht, daß der „liberalen“ Majorität der Stadtverordneten-Versammlung daran gelegen sei, die Arbeiter in ihrer gedrückten Lage zu erhalten, um sie gefügig zu erhalten, um unumschränkter herrschen zu können. Redner erinnerte ferner an die unschöne Aufnahme der Arbeitslosen-Petitionen, an die „Nothstands-Debatten“ und die Ablehnung des Nothstandes seitens des „Freisinn“, an die Ueberfüllung des Hofes für Obdachlose und an das Verlangen der „Freisinnigen“, immer noch mehr Personen in dasselbe hineinzupferchen, und folgerte aus alledem, daß kein Arbeiter einem „Freisinnigen“ bei der Stichwahl seine Stimme geben könne. Demgegenüber erinnerte Redner weiter an die Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten; das Glend aus der Welt zu schaffen, sei in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht möglich, wohl aber die Noth und das Glend zu lindern, und Alles, was in dieser Hinsicht in die Erscheinung getreten, sei nur den Sozialdemokraten zu danken. Sie bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Beispiele rissen die Versammlung des Festens zu lebhaftem Beifalle wie auch zu Andärrchen der Entzückung hin. Redner legte des Weiteren in ausführlicher Weise dar, wie auf allen Gebieten der Stadtverwaltung seitens der „freisinnigen“ Majorität mit Parteilichkeit die Rechte der Arbeiter, die Forderungen der Humanität und der Gerechtigkeit in reaktionärer Weise bekämpft werden, wie lediglich die Sozialdemokraten es sind, die die Arbeiter ein-treten und nach ihren besten Kräften wirken, und erklärte es für die unbedingteste Pflicht der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß die „liberale“ Majorität immer mehr beseitigt werde dadurch, daß man am Wahltag nur Männern wie Meyner die Stimme gibt, mit allen Kräfte hierfür agitirt und die Indifferenten, die bei der Hauptwahl ferngeblieben sind, am Tage der Stichwahl heranzieht, damit nur ein Sozialdemokrat gewählt wird, um das Loos der Arbeiter schon jetzt ein wenig besser zu gestalten. Gerade in der Stadtverordneten-Versammlung, wo die „liberale Partei“ die Majorität besitzt, gelte es, ihr die Maske vom Gesichte zu reißen, zu zeigen, daß die „Freisinnigen“, als Partei betrachtet, nichts weiter als Pechler seien. Unter allseitigem Beifalle schloß der Referent mit der nochmaligen Aufforderung, unablässig bis zum Tage der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Theodor Meyner zu agitieren. In der animirten Diskussion, die sich im Gedankengange des Vortrages bewegte, nahm auch der Kandidat Meyner das Wort, welcher darauf hinwies, daß Abschlüsse geschaffen werden müßten und auch könne, wenn in die dritte Abtheilung immer mehr wirkliche und wahre Arbeitervertreter gewählt würden. Auch er gab der Ueberzeugung baredten Ausdruck, daß gegenüber dem gänglichen Mangel an Rechts- und Humanitätgefühl seitens der „liberalen“ Majorität in der Stadtverwaltung die Arbeiter sich darüber klar sein müssen, wie sie am Tage der Stichwahl zu wählen haben. Redner ließ gleichfalls der „liberalen“ Majorität eine scharfe kritische Beleuchtung angedeihen, hob hervor, daß die Arbeiter nicht Almosen, sondern ihr Recht zu verlangen haben, daß die Wähler der dritten Abtheilung sich aufzuraffen und das Prinzip zum Ausdruck zu bringen hätten in der Person des zu wählenden Kandidaten, daß die Wähler der dritten Abtheilung zur Erkenntnis kommen müßten, daß ihnen nur Rechte zuerkannt werden, wenn sie den Muth haben, solche zu fordern und für diese Forderung thatkräftig einzutreten. Und dies könnten sie nur dadurch bethätigen, daß sie am Tage der Stichwahl einen Sozialdemokraten wählen. (Großer Beifall.) Diefelbe Mahnung wurde von allen folgenden Rednern an die Wähler gerichtet und besonders darauf hingewiesen, daß auch unter den kleinen Geschäftleuten zc. in diesem Sinne zu agitiren sei. Nach einem Schlußworte des Referenten, das mit der Aufforderung endete: „Vorwärts, zum Kampf, zum Sieg!“ und die lebhafteste Zustimmung erzielte, machte der Vorsitzende bekannt, daß die Wählerlisten noch bei Post, Pfabstraße 8, zur Einsicht ausliegen, ferner am Montag, den 7. d. M., in der „Volksbränerie“ nochmals eine Wählerversammlung stattfinden, in welcher Paul Singer referiren wird, und daß dem Wunsch Ausdruck, daß die bei der Hauptwahl für Meyner abgegebene Stimmengahl — was sehr wohl möglich sei — sich verdoppeln möge. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

wählen haben. Redner ließ gleichfalls der „liberalen“ Majorität eine scharfe kritische Beleuchtung angedeihen, hob hervor, daß die Arbeiter nicht Almosen, sondern ihr Recht zu verlangen haben, daß die Wähler der dritten Abtheilung sich aufzuraffen und das Prinzip zum Ausdruck zu bringen hätten in der Person des zu wählenden Kandidaten, daß die Wähler der dritten Abtheilung zur Erkenntnis kommen müßten, daß ihnen nur Rechte zuerkannt werden, wenn sie den Muth haben, solche zu fordern und für diese Forderung thatkräftig einzutreten. Und dies könnten sie nur dadurch bethätigen, daß sie am Tage der Stichwahl einen Sozialdemokraten wählen. (Großer Beifall.) Diefelbe Mahnung wurde von allen folgenden Rednern an die Wähler gerichtet und besonders darauf hingewiesen, daß auch unter den kleinen Geschäftleuten zc. in diesem Sinne zu agitiren sei. Nach einem Schlußworte des Referenten, das mit der Aufforderung endete: „Vorwärts, zum Kampf, zum Sieg!“ und die lebhafteste Zustimmung erzielte, machte der Vorsitzende bekannt, daß die Wählerlisten noch bei Post, Pfabstraße 8, zur Einsicht ausliegen, ferner am Montag, den 7. d. M., in der „Volksbränerie“ nochmals eine Wählerversammlung stattfinden, in welcher Paul Singer referiren wird, und daß dem Wunsch Ausdruck, daß die bei der Hauptwahl für Meyner abgegebene Stimmengahl — was sehr wohl möglich sei — sich verdoppeln möge. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

Die Handlungsgesellen und -Gesinnnen hielten am 27. November eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Heine über das Thema referirte: „Weshalb schließen sich die im Handelsgewerbe beschäftigten Personen der sozialdemokratischen Partei an?“ Der Redner giebt zunächst einen Ueberblick über die verschiedenen Parteien und ihr Verhalten im Reichstage, und beweist damit, daß alle Parteien der Sozialdemokratie gegenüber eine große reaktionäre Masse bilden. Spezial behandelt Referent die Haltung der sogenannten „freisinnigen“ Partei zu den das Handelsgewerbe betreffenden Fragen. Diese Partei, welche sich stets die Vertreterin der Interessen des ganzen Volkes nennt, werfe uns vor, nur die Vertreter der Interessen der Fabrikarbeiter zc. zu sein. Nach einer eingehenden Definition der Begriffe Arbeit und Arbeiter, und nach Feststellung der Thatfache, daß auch die Handlungsgesellen zur arbeitenden Klasse gehören, ferner nach Zurückweisung der Ansicht, daß die Sozialdemokratie die Vernichtung des kaufmännischen Gewerbes anstrebe, zeigt Referent, wie ein großer Theil der jetzigen kaufmännischen Thätigkeit nur auf die Spekulation gerichtet ist und diese allerdings in einem vernünftigen Maße geregelt werden muß. Diese Ansicht wird u. A. durch die gemeinschaftlichen Operationen der Unterhändler-Kartelle begründet, für welche der Referent viele Beispiele anführt. Hierauf schildert der Redner die Lage der Handlungsgesellen und -Handlungsgehilfen, worüber im „Vorwärts“ schon des Oefteren berichtet worden ist und fordert zum Schluß die Anwesenenden auf, durch den Beitritt zur freien Vereinigung der Kaufleute ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verfest zu machen. (Langanhaltender Beifall.) Gegen die Ansichten des Referenten spricht zunächst ein Herr Rabaksky, welcher mit der Thatfache zu parodiren suchte, daß der freisinnige Verein der Handlungsgesellen zu Gunsten der Sonntagsruhe eine Resolution angenommen hat. Der Redner wird jedoch sowohl vom Referenten wie von anderen Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß das Abfassen der Resolution nichts ist, wenn die ganze freisinnige Reichstags-Fraktion gegen dieselbe ist. Ebenso unglücklich argumentirt ein zweiter freisinniger Redner, während neben Anderen Dr. Sälgenau unter Beifall im Sinne des Referenten spricht.

Im Laufe der Verhandlungen sind folgende 4 Resolutionen eingelaufen:

1. Die Versammlung giebt den Ausführungen des Referenten, Reichstags-Abgeordneter Heine, ihre volle Zustimmung. Die anwesenden Handlungsgesellen und -Gesinnnen betrachten den Anfall an die allgemeine Arbeiterbewegung, an die internationale Sozialdemokratie als eine unbedingte Nothwendigkeit zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutze gegen das ausbeutende Großkapital. Die Versammlung erklärt ferner, daß sämtliche gegnerischen Parteien durch ihr bisheriges Verhalten den Forderungen der arbeitenden Klassen, also auch denen der Handlungsgesellen gegenüber gezeigt haben, daß sie weder gewillt noch im Stande sind, die Interessen des Proletariats wahrzunehmen, wenngleich sie bei jeder Gelegenheit durch nichtsfagende Redensarten ihren Anhängern Sand in die Augen streuen, um sich dadurch um so leichter um wirkliche Reformen zur Vesserung der Lage der arbeitenden Klassen herum zu drücken.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

2. Die Versammlung richtet an die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages das höfliche Ersuchen, zu dem, dem Deutschen Reichstag in nächster Zeit zur Verabreichung vorliegenden Antrag Goldschmidt (zum Artikel 61 des Handels-Gesetzbuches) folgendes Amendement einzubringen: „Eine kürzere Kündigungsfrist als die von einem Monat ist indeß nicht statthalt und hat die Festsetzung der letzteren die Kündigung beider Theile vom Ersten zum Ersten jeden Monats zu ermöglichen. Ungleichartige Abmachungen sind ebenfalls unter-sagt. Den in gefändigter Stellung befindlichen Gehilfen ist täglich eine freie Zeit von 2 Stunden zu gewähren.“

Die heutige Versammlung beauftragt das von ihr gewählte Bureau, diese Resolution dem Handelsministerium mit einer eingehenden Begründung zu übergeben.

Diese Resolution wird gegen 2 Stimmen angenommen.

3. Die Versammlung richtet an die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages das höfliche Ersuchen: An die Regierung eine Interpellation zu richten, welche Auskunft darüber verlangt, wann der § 105 b der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1891, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, in Kraft tritt.

Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß dieser Termin nicht über den 1. April 1892 hinausgeschoben wird.

Eine zweite Interpellation bittet die heutige Versammlung einzubringen, welche von der Regierung Auskunft verlangt, ob die in der zweiten Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von Seiten des Herrn Handelsministers v. Berlepsch in Aussicht gestellten Erhebungen über die Lage der Handlungsgesellen seitens der verbündeten Regierungen vorbereitet werden

Die Versammlung betont mit Nachdruck die Notwendigkeit einer umfassenden Enquete im Handlungsbereich, da nur dadurch die allgemein bestehenden Verhältnisse zur Kenntnis der gesetzgebenden Körperschaften gelangen können.

Diese Resolution findet gleichfalls Annahme, ebenso die folgende:

4. Die Versammlung spricht ihre Entschiedenheit darüber aus, daß der Verein der Berliner Konfektionäre bei den kaiserlichen Postanstalten dahingehend petitioniert, die Dienstzeit bei der Postabfertigung von 7 auf 8 Uhr Abends auszuweiten. Die Versammlung beauftragt das Bureau, bei der kaiserlichen Postbehörde vorstellig zu werden, daß diesem Verlangen nicht stattgegeben wird.

Nachdem u. A. noch darauf aufmerksam gemacht war, daß in Sachen der jetzigen Handhabung des Vereinsgesetzes demnächst eine Versammlung abgehalten wird, gingen die Anwesenden mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Die öffentliche Versammlung der Latirer und Verdinggenossen, welche am 20. November stattfand, hörte einen Vortrag des Herrn Kautenhausen, welcher in längerer Rede über Zentralisation der Gewerkschaften sprach, wodurch u. A. eine viel größere Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Unternehmung (bei Streiks etc.) möglich sei. Auf Antrag des Herrn Lewitt wurde von der Wahl eines Delegierten für den im Januar tagenden Kongress für heut Abhand genommen und beschloffen, die Wahl einer Mitte Dezember stattfindenden Versammlung zu überlassen. Herr Kautenhausen berichtete hierauf über die Untersuchungen, welche über die in der Kahlsteinischen Fabrik herrschenden Verhältnisse angestellt worden sind. Danach ist der Lohn, der bisher 40 Pfg. pro Stunde betrug, jetzt auf 36 Pfg. reduziert worden, woran die Kollegen des betreffenden Establishments vielfach insofern selbst mit Schuld sind, als sie sich mehr an die Organisation hätten anschließen sollen. Fast alle Redner sprachen in demselben Sinne. Es wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Versammlung energisch gegen die von Herrn Kahlstein beliebte Lohnherabsetzung protestierte. Dem genannten Herrn wird diese Resolution zugesandt werden. Vielleicht sagt er sich nach ihrem Studium selbst, daß Sozialistungen bei der jetzigen Zurechtung am allerwenigsten angebracht sind.

Die Ortskrankenkasse der Sattler zu Berlin hielt am 30. November eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, um zur Frage der freien Kertzewahl Stellung zu nehmen. Die Herren Diehl, Dr. Rubinstein und Dr. Runder referierten. Die Versammlung wählte dann auf Antrag des Herrn Lannhausen eine Kommission von 9 Personen, welche verpflichtet ist, die weiteren Schritte zur Schaffung freier Kertzewahl zu unternehmen und das Resultat ihrer Arbeiten der nächsten Delegierten-Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 30. November in den Annahallen tagende Mitgliederversammlung der Ortskrankenkasse der Sattler ist mit den Ausführungen der Herren Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die Einführung der 'freien Kertzewahl' zu erstreben.“

Strafan-Kummelsburg. In einer hier am vergangenen Sonntag stattgehabten sozialdemokratischen Volksversammlung sprach der Reichstags-Abgeordnete Kollenbührer über: „Das Programm und die Taktik der sozialdemokratischen Partei.“ Im ersten Teile seines Referats behandelte der Redner ausführlich und in interessanter Weise die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen und als Grundlage dieser die Art und Weise des Arbeitsprozesses, die Verbesserung der Arbeitswerkzeuge als das vornehmste Moment der Kultur nachweisend. Bei der Schilderung der heutigen wirtschaftlichen Zustände, welche die Tendenz haben, die Arbeitsmittel in den Händen weniger Großbesitzenden anzuhäufen und als Gegenstück dessen, die große Menge der Besitzlosen der Not und der Unterdrückung zu überantworten, weist Redner darauf hin, daß sich aus diesen Umständen mit Notwendigkeit die Forderung nach einer Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung ergeben mußte. Die Forderung nach einer gesellschaftlich geregelten Produktion entsprang der Erkenntnis, daß der schrankenlose Privatbesitz die Ursache der modernen sozialen Uebelstände ist. Redner geht dann zur Erläuterung der Forderungen über, welche wir an die heutige Gesellschaft stellen. In ihnen habe man das Mittel, die großen Massen aufzurütteln — und diese brauche die sozialdemokratische Partei zur Erreichung ihres Zieles, der Vergesellschaftung der Produktion. Nur das riesige Anwachsen der Sozialdemokratie, das sich bei den Wahlen dokumentierte, habe den bürgerlichen Parteien Schrecken eingeflößt und als Folge die Unterdrückungsmaßnahmen gegen und gezeitigt. Sei auch das Sozialistengesetz überstanden, so werde man mit neuen Unterdrückungsmitteln arbeiten, und da heiße es denn, eine gute Organisation zu besitzen, mit deren disziplinierten Gliedern man Widerstand leisten könne. Die politische Betätigung der Sozialdemokratie in der heutigen Gesellschaft sei notwendig, um, was den Besitzlosen zur Befreiung gerecht und durchführbar ist, zu erstreben und die Indifferenten dem Sozialismus zuzuführen. Wo aller derjenigen Personen, welche bei der letzten Wahl ihre Stimmen in Deutschland abgegeben, haben diese den bürgerlichen Parteien zugewandt, obgleich sie ihren Interessen nach zur Sozialdemokratie sich hätten wenden müssen. Diese Leute gelte es heranzuziehen. Als hauptsächlichste Waffe sei die Aufklärung zu betrachten; wenn sie jeder Befürworter des Prinzips anwende, werde die Zeit näher und immer näher kommen, wo das Programm voll und ganz zur Verwirklichung gelange. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher die Art und Weise, wie die sogenannte Opposition angebliche Schäden der Partei erörtert, nach Gebühr beleuchtet wurde.

Es gelangte dann einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Taktik der sozialdemokratischen Partei voll und ganz einverstanden und beschließt, Schulten an Schulten für die Befreiung des Proletariats mit dieser Taktik weiter zu kämpfen und dahin zu streben, daß die Partei eine einheitliche bleibt.“

Nachdem der Vertrauensmann Forquard wiedergewählt worden war, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Wilmersdorf verhandelte am 25. November der Arbeiter-Bildungsverein über die Frage: „Wie stellt sich der Verein zur sogenannten Opposition?“ Herr Otto Raab, der erste Redner, stellte sich durchaus auf den Boden der Opposition und brachte folgenden Antrag ein:

„Die heutige Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Wilmersdorf kann es mit dem demokratischen Prinzip nicht vereinbaren, daß Männer, welche vollständig auf dem Boden des sozialistischen Programms stehen und sich auch nicht ein einziges Vergehen gegen die Ziele der Sozialdemokratie haben zu Schulden kommen lassen, aus der Partei ausgeschlossen werden. Die heutige sozialdemokratische Versammlung spricht sich energisch gegen die Beschlußfassung des Erfurter Parteitages, betreffend die Ausschließung der Genossen Werner und Wiltberger, aus.“

Die Versammlung war aber nicht der Meinung des Herrn Raab, sondern sie lehnte den Antrag ab, nachdem die Herren D. Bernadt und Dr. Lop, ersterer das Vorgehen der Opposition kritisiert, letzterer in ähnlichem Sinne gesprochen und u. a. bemerkt hatte, daß nicht nur die mündliche Agitation Werner's — wie so oft behauptet — der Partei den Stimmengewinn bei der Wahl im Kreise Telow-Beestow gebracht, sondern auch der Zugang nach Steglitz und Lichterfelde, wo Werner gar nicht gesprochen hat, gebührend in Rücksicht zu ziehen sei. Auf eine

Äußerung Bernadt's erklärt noch Herr Raab, daß er voll und ganz auf dem Boden des ersten Flugblattes der Opposition stehe.

Friedrichshagen. Am 29. November fand im 'Friedrichshagen' eine gut besuchte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, welche einen Vortrag des Herrn Siegriff über das neue Parteiprogramm anbot. Derselbe gab zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und erörterte sodann das neue Programm in seinen Einzelheiten, die Unterschiede von dem bisherigen hervorhebend und die Motive zu den vorgenommenen Änderungen klar legend. Redner stand u. A. auf dem Standpunkte, daß die Mandate, gleichviel ob zum Reichstag, Landtag oder zu den kommunalen Körperschaften, widerrechtliche sein müßten, trat für Feuerbestattung und Befreiung der Stellen der Fabrikinspektoren durch Zuwalten der Arbeit ein, hielt die in dem neuen Programm fehlende Forderung der möglichen Einschränkung bzw. Beseitigung der Feingehaltsarbeit für notwendig, stand im Hinblick auf den Boden des Programms und sprach den Wunsch aus, daß durch die Verwirklichung des Programms die Zeit näher gerückt werden möge, wo die Befreiung des Proletariats in jeder Hinsicht sich vollziehe. Der sehr zweifelhafte Vortrag fand die lebhafteste Anerkennung der Versammlung.

14. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1891, Nachmittags.
Für die Gewinnliste Nr. 210 Blatt sind den betreffenden Nummern in der Tabelle beizugehen.
(Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 20 245 310 11 1300) and prize amounts (e.g., 78 456 51 518 41 624 708 1300).

14. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1891, Nachmittags.
Für die Gewinnliste Nr. 210 Blatt sind den betreffenden Nummern in der Tabelle beizugehen.
(Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 25 32 183 245 9) and prize amounts (e.g., 355 432 502 622 700 808).

Sammlen. Nach dem Vortrage gelangte zunächst der dritte Punkt der Tagesordnung: „Wahl des Vertrauensmannes“, zur Erledigung. Zu diesem Punkte beantragte Herr Leonhardt, daß der zu wählende Vertrauensmann sich mit der Taktik der Partei einverstanden und dementsprechend handeln zu wollen, erklären sollte, da die „Opposition“ sich am Orte bereits breit gemacht. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Debatte mit Stimmenmehrheit abgelehnt und der bisherige Vertrauensmann Reichwaldt auf ein weiteres Jahr wieder gewählt. Den zweiten Punkt: „Diskussion“, ließ man fallen, da der Referent der Versammlung nicht länger beiwohnen konnte. — Das Tanzfräulein, welches sich der Versammlung anschließen sollte, konnte nicht stattfinden, weil der Herr Amtsvorsteher die Genehmigung hierzu verweigert hatte.

Briefkasten der Expedition.

Schollmeyer, Dellichhausen. Protokoll Erfurt noch nicht erschienen, daher die Verzögerung. Sendung folgt in einigen Tagen.

Herrn C. G., Leipzig - Schandau. Die Infanteriegebühren betragen 2 M. und ersetzen um deren Einzahlung.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 44 55 615 81) and prize amounts (e.g., 92168 1300).